

Thomas Lutz
Gedenkstättenreferat

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61

Mai 1985

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 100

Vorletzter Rundbrief !!!?

AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE E.V. HAT IN ZWEIFINHALB-
JÄHRIGER ARBEIT EINE KOORDINATIONSSTELLE FÜR DIE IN DER BUNDES-
REPUBLIK UND BERLIN (WEST) ARBEITENDEN INITIATIVEN UND GEDENK-
STÄTTEN FÜR DIE OPFER DES NS-REGIMES AUFGEBAUT.

DIESE ARBEIT IST MITTLERWEILE BEKANNT UND ETABLIERT. ÜBER DIE
WICHTIGKEIT UND WEITERE PERSPEKTIVE BRAUCHT HIER NICHT NOCH
EINMAL GESPROCHEN ZU WERDEN.

DENNOCH WIRD DIESE ARBEIT ZUM 31. AUGUST 1985 EINGESTELLT, WENN
ES NICHT IN NÄCHSTER ZUKUNFT GELINGEN WIRD, EINE FINANZIERUNGS-
MÖGLICHKEIT FÜR DIESES REFERAT BEI AS/F ZU FINDEN.

SOLLEN ZWEIFINHALB JAHRE ARBEIT UMSONST GEWESEN SEIN ?

WELCHE BEDEUTUNG HAT DIES FÜR DEN ERFAHRUNGSUSTAUSCH -- AUCH
INTERNATIONAL - UND DIE UNTERSTÜTZUNG DER GEDENKSTÄTTENARBEIT
IN DER BUNDESREPUBLIK ?

Achtung! Achtung! Achtung!

Bitte Beachten: Die letzten Seiten dieses Rundbriefes:
Initiative zum internationalen Suchdienst in Arolsen.
Auslußfrist für Änderungswünsche: 7. Juli 1985.

Inhaltsverzeichnis auf der nächsten Seite.

Zehnter Rundbrief

Inhaltsangabe

	Seite
- <u>Vorbemerkungen</u>	1
- <u>Berichte, Infos, News</u>	
- Seminar in der Wewelsburg	
✓ - Presseerklärung	2
- Wulff E. Brebeck: Gedenkstättenarbeit auf dem Lande - z.B. Wewelsburg	3
✓ - Moringen: Veränderungen sind möglich - ein Artikel von M. Hickmann	5
✓ - Zwei Artikel von E. Spoo zu Gedenkstätten in <u>Salzgitter</u> und <u>Wolfenbüttel</u>	7
- Gedenkstätte KZ - Wilhelmshaven	8
- Kleine Anfrage an den Reg. Bürgermeister von Berlin zur " <u>Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße</u> "	9
- KZ - Gedenkstätte Oberer Kuhberg, Ulm, eröffnet	10
✓ - "Erinnern in Bonn"	12
- Flossenbürg:	
- Gedenkraum in der Gedenkstätte erneuert	13
- Die Arbeit der DGB-Gruppe Weiden	14
- Osthofen - Der Gedenkstein wird modelliert	15
- Kritik am Staatsarchiv Marburg - Herausgabe von Akten wird verweigert	15
- Dernau - früher KZ-Außenlager von Buchenwald, heute Regierungsbunker	16
- <u>Veranstaltungen, Literatur</u>	
- Überleben und Widerstehen - Veranstaltungen in Dachau	16
- Literaturhinweise	17
- Gedenkweg vom 10.-13.7.: Farge - Sandbosen	18
- <u>Internationaler Suchdienst Arolsen</u>	
- Das Anschreiben (Wichtig!!)	19

Vorbemerkungen

Seminar Wewelsburg

Vom 16.-19 Mai hat in der Wewelsburg das Frühjahrsseminar für Mitarbeiter von KZ-Gedenkstätten und -Initiativen stattgefunden. 48 Personen haben sich dafür zusammengefunden und das dichtgedrängte Programm miteinander durchgeführt.

Erfreulich war, daß unter den vielen altbekannten Gesichtern wieder etliche neue zu sehen waren.

Besonders beeindruckend war der spätabendliche Vortrag von Johannes Graßl über die Arbeit des DGB-Kreises Weiden zu Flossenbürg und seinen Außenlagern.

Weniger Zeit, um ihre Arbeit vorzustellen, hatten neue Gedenkstätten/initiativenmitarbeiter aus Bergen-Belsen, Moringen, Düsseldorf und Hannover.

In diesem Rundbrief sind die Presseerklärung und ein Thesenpapier von Wulff Brebeck zur besonderen Bedeutung der Gedenkstättenarbeit auf dem Lande abgedruckt.

Seminarprotokoll: Da das Protokoll neben den Arbeitsgruppenberichten auch die Vorträge von Dr. Wegener und Professor Klönne, sowie einen ausführlichen Bericht über die Arbeit des Kreismuseums Wewelsburg enthalten soll, ist es, für Interessenten, die nicht an dem Seminar teilgenommen haben, ab Anfang August, zu beziehen über:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Gesellschaftspolitische Information
z.Hd. Jörg Bohnsack
Godesberger Allee 149
5300 Bonn 2

Seminar Emsland

Termin: 10.-13. Oktober Ort: Papenburg

Vorbereitungstreffen Mittwoch, den 28. August, 15h

Das Vorbereitungstreffen soll am 28.8. in den Räumen des D.I.Z., Wieck rechts 22, 2990 Papenburg, Tel.: 04961 -4971, durchgeführt werden.

Interessenten für das Vorbereitungstreffen melden sich bitte bei mir oder in Papenburg an.

Als inhaltlicher Schwerpunkt bietet sich für das Seminar der Zusammenhang von NS-Justiz und Straflager- bzw. KZ-System, dargestellt am konkreten Beispiel der Emslandlager, an.

Die Arbeit und die Arbeitsbedingungen des "Aktionskomitees Emslandlager" soll ebenso breiten Raum erhalten, wie die Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der "bilateralen" Gespräche stark berücksichtigt werden soll.

Rundbrief

Der - hoffentlich doch nicht - letzte Rundbrief wird Ende August erscheinen.

Gedenkstätte Breitenau

Um dem Ansturm an Führungswünschen durch die Gedenkstätte gerecht werden zu können, hat der hessische Kultusminister zwei Lehrer für zwei Jahre mit je sechs Stunden für Führungstätigkeiten in der Gedenkstätte freigestellt.

Die beiden Lehrer werden die in Breitenau bereits arbeitenden ehrenamtlichen Mitarbeiter und die in Breitenau tätigen ehrenamtlichen Mitarbeiter ersetzen.

PRESSEERKLÄRUNG

Aktion Söhnezeichen Friedensdienste e.V.
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kreismuseum Wewelsburg

Seminar "NS-Ideologie und Neonazismus - ihre Bedeutung für die Gedenkstättenarbeit" des Arbeitskreises der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in der Bundesrepublik Deutschland, 16. - 19. Mai 1985, im Kreismuseum Wewelsburg

Vom 16. bis zum 19. Mai 1985 trafen sich auf Einladung von Aktion Söhnezeichen Friedensdienste e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung im Kreismuseum Wewelsburg Mitarbeiter von Gedenkstätten für NS-Opfer und Gedenkstätteninitiativen aus der Bundesrepublik und Berlin (West) zu ihrem diesjährigen Frühjahrsseminar. Sie vertraten bestehende Gedenkstätten Neugamme, Dachau, Alte Synagoge Essen, Breitenau-Guxhagen, Hadamar sowie geplante wie in Papenburg zu den Emslandlagern, Düsseldorf, Moringen u.a. Außerdem nahmen mehrere Wissenschaftler teil, die mit Einzelthemen aus der Gedenkstättenarbeit befaßt sind. Das gemeinsame Ziel ihrer Arbeit besteht darin, die bestehenden Mahn- und Erinnerungsstätten mehr und mehr zu Orten aktiven Gedenkens zu machen, die über ein Mahnmal hinaus dokumentierende Ausstellungen, Führungen, Veranstaltungen für die Besucher u.a. anbieten. Ein Zweck der Tagung war der Erfahrungsaustausch der in diesem Bereich tätigen Teilnehmer.

Viele Einrichtungen stehen erst am Anfang; an vielen Orten gibt es Konflikte um die Forderung, Möglichkeiten des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Tötungsaktionen zu schaffen. Es wurde auch auf dieser Tagung deutlich, wie wichtig ein gemeinsames Forum zur Bestärkung der Initiatoren solcher Vorhaben und zur Minderung der örtlich oft zu beobachtenden Vereinzelung ist. Selbst die erfolgreiche Arbeit schon bestehender Gedenkstätten gerät z.B. bei personellen Wechsels in Gefahr, besonders dann, wenn sie nicht von einer allgemeinen Akzeptanz ihrer Anliegen ausgehen können. So erfuhren die Seminarteilnehmer mit großer Sorge, daß fast alle bisherigen Mitarbeiter des psychiatrischen Krankenhauses Hadamar, die die Gedenkstätte für die Opfer der sogenannten "Euthanasie" ehrenamtlich betreuten, mit dem ärztlichen Direktor die Klinik verlassen und die Fortführung dieser wichtigen Arbeit damit völlig in Frage gestellt

Auch Probleme des Zugangs zu historischen Quellen behindern die Bemühungen um Erforschung und Darstellung oft erheblich. Die Teilnehmer des Seminars betrachten es etwa als auf Dauer untragbar, daß eines der größten Archive mit Akten zur Verfolgung im Nationalsozialismus, die Einrichtung des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes in Arolsen, in den letzten Jahren für die Forschung nahezu unzugänglich geworden ist. Die Leitung dieses Archivs zog sich nach Streichungen im Personalbereich auf den engensatzungsbezogenen Standpunkt zurück, daß nur noch personenbezogene Anfragen von Angehörigen der Opfer bearbeitet werden.

Die beiden inhaltlichen Schwerpunkte des Seminars waren die Probleme der NS- bzw. SS-Ideologie 1933-45 sowie des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik heute. Die Diskussion darüber wurde durch zwei öffentliche Vorträge eingeleitet. Dabei sprach Dr. Bernd Wegner vom Militärgeschichtlichen Forschungsinstitut/Freiburg über die Entwicklung und die Besonderheiten der SS-Ideologie, während Prof. Dr. Arno Klönne von der Universität - Gesamthochschule Paderborn über rechtsextreme Tendenzen in der politischen Kultur der Bundesrepublik und entsprechende Reaktionsmöglichkeiten auf dem Gebiet der politischen Bildung referierte.

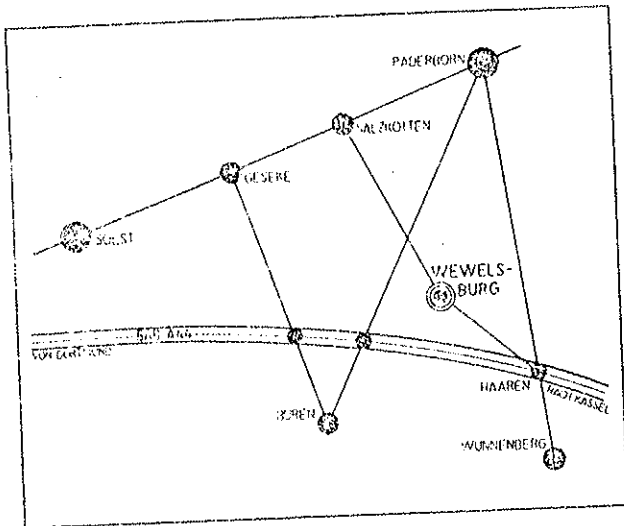
Der erste Schwerpunkt wurde gewählt, weil die Gedenkstätte Wewelsburg, als Abteilung des Museums des Kreises Paderborn, ^{an} ~~am~~ die zweifache Einwirkung der SS-Ideologie auf die deutsche Geschichte erinnert: die Wewelsburg selbst sollte zur ideologischen Zentrale der SS ausgebaut werden, als zuletzt gigantische Anlage mit einem kultisch bestimmten Mittelpunkt. Zwei sog. "Kulturräume" im Nordturm der Burg blieben erhalten. Der mörderische Teil dieser Ideologie und damit zugleich ein wesentlicher Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Funktion zeigt sich durch die direkte Verbindung zum in unmittelbarer Nähe errichteten Konzentrationslager Niederhagen, das die Arbeitsklaven für den Bau der Zentrale zu liefern, ¹⁹⁴⁵ ~~1944~~ 285 von 3 300 Menschen überlebten dieses Konzentrationslager nicht.

Gerade an einem solchen Ort wurde deutlich, wie hilflos oft die Strategien zur Aufklärung, wie sie die Gedenkstätten verfolgen, gegenüber rechtsextremen Potentialen in dieser Gesellschaft und der anhaltenden Attraktivität bestimmter Ideologeme der SS sind. In der Diskussion wurden jedoch die Einwirkungsmöglichkeiten der pädagogisch tätigen Gedenkstätten insgesamt - trotz vieler Einschränkungen - als verhältnismäßig groß angesehen, da sie durch die konkrete Aufarbeitung lokalen Geschehens Identifikationschancen anbieten und durch die exzentrische Offenheit des Ortes

- 2 -

terricht in den Schulen leisten können. Eine besondere Chance liegt in der Möglichkeit, Jugendliche zu aktivem Forschen in ihrem eigenen lokalen Rahmen zu bewegen. Positive Beispiele, etwa aus Flossenbürg, weisen nachdrücklich auf diesen Weg hin.

Die Diskussion konnte die breite Thematik nicht erschöpfen. Sie soll beim diesjährigen Herbsttreffen fortgesetzt werden, das im November in Papenburg stattfinden wird. Problematisch für die weitere Arbeit des Arbeitskreises und für die Vorbereitung des Herbstseminars erweist sich die derzeitige schlechte Finanzlage der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., deren Gedenkstättenreferent die Seminare seit 1983 initiiert und organisiert hat. Die Gefährdung dieses Referates bedroht zugleich die Weiterarbeit des Arbeitskreises, des bisher einzigen Koordinationsorgans der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in der Bundesrepublik Deutschland.



Wulff-Eberhard Brebeck
c/o Kreismuseum Wewelsburg
Burgwall 19
4793 Büren-Wewelsburg

April 1985

Gedenkstättenarbeit auf dem Lande
- z.B. Wewelsburg

(Exposé eines Referats in Papenburg am 11.5.1985)

1. Gedenkstätten als Orte "aktiven Gedenkens"

In den letzten Jahren entwickelte sich ein neuer Typus von Gedenkstätten an Orten von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, die die Aufgabe des Gedenkens an die Opfer, wie es an Mahnmalen üblich ist, mit den Aufgaben der Information, Aufklärung und Mahnung der Besucher verbinden wollen.

Ihre Entstehung verdankt sich u.a. dem Generationenwechsel (Verlust an historischer Erfahrung einerseits, Lernchancen andererseits) und Paradigmenwechseln der Geschichtswissenschaft (von Totalitarismustheorie etwa zur Untersuchung der Alltagsgeschichte im NS).

Um als Orte "aktiven Gedenkens", d.h. auch Orte historisch-politischer Bildung wirken zu können, bedürfen diese Gedenkstätten bestimmter institutioneller, personeller und sächlicher Voraussetzungen und haben bestimmte Medien und Formen der Arbeit entwickelt:

Pflege und Interpretation der örtlichen Hinterlassenschaften der NS-Herrschaft, Betreuung oder Errichtung eines Mahnmals für die Opfer, dokumentarische Ausstellungen, kontinuierliche qualifizierte personelle Betreuung der Einrichtung, Archiv und Sammlung, Bibliothek, Seminarraum u.a.

Fast alle derartige Einrichtungen liegen in oder im Umfeld von Großstädten und arbeiten in Kooperationsbeziehungen mit einem Netzwerk von Institutionen und Organisationen für ein großstädtisches Publikum.

Die Arbeit auf dem Lande hat nicht nur von anderen infrastrukturellen Voraussetzungen auszugehen, sondern hat es mit einer veränderten historischen Thematik und primär mit einer anderen Adressatengruppe zu tun.

Am Beispiel Wewelsburg sollen vor dem Bericht über die Gedenkstätte zwei wichtige Momente der Andersartigkeit der Arbeit dargestellt und - soweit möglich - verallgemeinert werden:

- die spezifische Modulation, die (zeit)geschichtliche Stoffe durch die dörflich-kleinstädtischen Kommunikationsstrukturen erfahren,
- die "schleichende Machtergreifung" des NS auf dem Lande, die sich vor allem als ideologische Überformung vorhandener dörflicher Strukturen darstellt, als historisches Phänomen und in ihrer Problematik für die Bewußtseinsbildung heute.

2. Nationalsozialismus und dörfliche Strukturen - Allgemeines und Besonderes an Wewelsburg

2.1. Dörfliche Kommunikationsstrukturen und Geschichte als "Geschichte"

Die kommunikativen Strukturen in der Dorfbewölkerung sind in hohem Maße noch der agrarischen Sozioökonomie verhaftet, obwohl diese nur noch in Ausnahmefällen in einem Dorf die herrschende ist. Diese Strukturen implizieren u.a. eine bestimmte Selektion von Themen, über die öffentlich gesprochen wird, modifizieren die Erzählweise und den Realitätsgehalt des Erzählten. Der Überlieferung von Geschichte als "Geschichte" korrespondiert ein "herrschendes Schweigen" zu traumatischen Erlebnissen, das sozialpsycholo-

1
3
1

gische Ursachen hat, und in der Regel nur dann durchbrochen wird, wenn Erzählungen das gesamte Kollektiv betreffende negative Erfahrungen zum Gegenstand haben. Überlieferungen spiegeln Interessen. Es existiert eine traditionelle Dichotomie zwischen der Erfahrung und ihrer Interpretation. Wenn ein Außenstehender Vertrauen gewinnt, dann am ehesten als Schiedsrichter.

2.2. "Schleichende Machtergreifung" und ideologische Überformung

Die Wirkung des NS im Dorf muß im Zusammenhang mit der Einpassung der Propaganda - inhaltlich und strukturell - in die dörflichen Kommunikationsstrukturen gesehen werden (Verhältnis von Abstraktheit und Konkretheit der Ideologeme, ihrer vordergründigen Traditionsverhaftung und schleichende Umwertung der Werte, ihrer Ausbeutung der Geschichte zur Kompensation von Minderwertigkeitsgefühlen, der ideologischen Konstituierung der "Dorfgemeinschaft" als reale Festgemeinschaft etc.), die zu einer propagandistischen Überformung führte.

Wenn aktuelle und vergangene Politik als Stoff für das interessegeleitete hierarchische Gespräch auf dem Forum der Selbstdarstellungen tendenziell überwiegend dann dient, wenn von der Erzählung prestigeehaltende Wirkung zu erwarten ist, und dann als Fatum schweigend hingenommen wird, wenn sie traumatisch wirkt, dann kann eine solche Kommunikationsstruktur, die auf Sinngebung von außen programmiert ist, sogar im Extremfall zur Propagandamachiene umfunktioniert werden.

Die Wirkung der Propaganda erweist sich in der Regel als umso nachhaltiger, als der Prozeß der "Machtergreifung" schleichend erfolgte, d.h. in der Regel ohne gewaltförmige Erscheinungen, mit minimalem personellen Wechsel, auf dem Hintergrund tradierter Muster der Anpassung und in Verbindung mit bescheidenen, vor allem auf Beteiligung nichtagrarischer Schichten am politischen Leben ausgerichteten gesellschaftlichen und ökonomischen Modernisierungstendenzen.

2.3. Wewelsburg (1933-1945) SS-"Mittelpunkt der Welt" und Standort des KZ Niederhagen
oder: im Schnittpunkt von Geschichte und "Geschichten"

Die besondere Entwicklung in Wewelsburg von 1933 bis 1945 und ihre Bearbeitung in der mündlichen Überlieferung des Dorfes unterliegt einerseits den skizzierten allgemeinen Strukturen, verläuft andererseits jedoch durch die extreme Einwirkung der "großen Geschichte" durch die SS auf das Dorf in spezifischer Weise (Beispiele). Die traumatische Erfahrung wurde für die Dorfgesellschaft die der Auslieferung an Mächte von außen, deren Charakter man letztlich nicht begriff.

3. Standort Dorf - Entstehung und Arbeit der Gedenkstätte Wewelsburg

3.1. "Geschichten" und Schweigen -

Zum Verhalten des Dorfes gegenüber seiner NS-Vergangenheit bis in die siebziger Jahre

Der Einbruch "der Geschichte" in das Dorf hat die dörflichen Strukturen erschüttert, hat letztlich jedoch nicht zu einer bewußten Haltung der dörflichen Gesellschaft zu ihrer NS-Vergangenheit und zu den SS-Verbrechen im Ort geführt. Die tradierten Muster (u.a. "Geschichten" und Schweigen, das besonders das KZ betraf) wirkten eher pointierter weiter, je mehr das Dorf sich auf sich selbst zurückzuziehen versuchte.

Die alle zwei Jahre stattfindenden "internationalen Festwochen" im Ort und auf der Burg haben eine gewisse - der Tradition der Dorffeste folgende - kompensatorische Funktion.

3.2. Zu einem typischen Konflikt: die Entstehung der Gedenkstätte

Die Entstehung der Gedenkstätte erfolgte auf Initiative von außen, in dem

eine politische Partei 1976 das Anliegen des Gedenkens der Opfer zum Politikum im Kreistag des Kreises Paderborn machte, dem seit 1975 die Burg gehörte. Durchschlagskraft erhielt die Forderung nach einem Mahnmahl erst durch die Berichterstattung der Massenmedien, besonders der in einer Vielzahl von Leserbriefen formulierten Betroffenheit über die Verdrängung von Verbrechen in der eigenen Region. Erst auf dem Wege der Recherche des Fernsehens erreichte die Problematik wieder die Wewelsburger, die sich mehrheitlich dem Vorhaben, eine Dokumentation einzurichten, anschlossen, ein Mahnmahl jedoch ablehnten. Die Lösung der Problematik durch herrschende Verhaltensweisen war mißlungen. Erst dann sah sich die Kreisverwaltung zum Handeln aufgefordert, beauftragte einen Wissenschaftler mit den Forschungsarbeiten und eröffnete 1982 die Dokumentation, die seitdem von 134 000 Besuchern frequentiert wurde. Inzwischen gibt es auch zwei Mahnmale.

3.3. Die Dokumentation "Wewelsburg 1933-1945, Kult- und Terrorstätte der SS" und die Arbeit der Gedenkstätte

Die Ausstellung und sonstigen Medien der Arbeit werden erläutert. Die Gedenkstätte versucht, die allgemeinen Ziele und Formen der Arbeit für das Gros der Besucher (S. 1.) mit einer bewußt angestrebten Anpassung an die dörflichen Strukturen in der Beziehung zu den Wewelsburgern zu verbinden, was durch Beispiele verdeutlicht wird.

3.4. Die Gedenkstätte als Abteilung des Kreis(heimat)museums - Beschwichtigung ihres Anliegens oder Chance zu neuen Perspektiven?

Insofern zentrale Strukturen der Gesellschaft in Deutschland - im Großen und im Kleinen, in den Metropolen und im Dorf - die spezifische deutsche Form des Faschismus, den Nationalsozialismus, hervorbrachten, begünstigten oder sich in seinem Sinne funktionalisieren ließen, hat die Darstellung des Nationalsozialismus Bestandteil jeder Darstellung der deutschen Geschichte zu sein. Nirgends sind die Lernchancen so groß, wie wenn die Verbindung von Normalität und Monstrosität im eigenen Ort, in der eigenen Region aufgezeigt werden kann. Vom Extremen geht zugleich die größte Betroffenheit aus, Ansatz zum "aktiven Gedenken".

Aus diesem Grunde - und weil die oben aufgezeigten spezifischen dörflichen Strukturen dem besonders entgegenwirken - wird gegen die "Einschreivung des Gedenkens" in besondere Häuser und für die Einbeziehung in die lokalen und regionalen Museen plädiert. Zugleich wird das Anliegen der Gedenkstätte auch an breite Publikumskreise herangetragen, die ihm zunächst ablehnend oder gleichgültig gegenüberstehen.

Voraussetzung für die Integration in ein Bild von der Geschichte der eigenen Region im Museum, also der Eröffnung neuer Perspektiven gegenüber der Vergangenheit, ist allerdings, daß insgesamt in der Präsentation kein idyllisches Geschichtsbild zugelassen wird.

Kritische Aneignung von Geschichte bezieht sich als Postulat auch auf die Geschichte der "Heimat", die es letztlich erst herzustellen gilt. - Und das ist nicht nur im Hinblick auf eine Gedenkstätte nicht etwas Unpolitisches!

*Kreis museum
Wewelsburg*

Öffnungszeiten:

montags geschlossen	
dienstags bis freitags	10-12 Uhr
	13-17 Uhr
sonnabends	13-18 Uhr
sonntags u. feiertags	10-12 Uhr
	13-18 Uhr
Führungen nach Vereinbarung	

Moringen:

Eine Rede erregt Anstoß

Anlaß für eine große öffentliche Diskussion, die am 28. 1. 1983 vor ca. 400 Personen stattfand, war meine Rede am Volkstrauertag 1982 am Moringer Ehrenmal. Diese Rede sollte sogar in einem Beitrag der überregionalen Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 14. 2. 1983 Beachtung finden. An anderer Stelle soll daraus zitiert werden.

Anstoß erregten besonders meine einleitenden Sätze: „Wir haben uns hier versammelt, um der Opfer menschlicher Gewalt zu gedenken. Gemeint sind alle Opfer der Gewalt! Schön wäre es – nein, notwendig wäre es – so meine ich, wenn wir den neuen

Gedenkstein, der seit November 1980 auf dem kirchlichen Friedhof steht, ebenfalls in unsere Trauer einbeziehen würden. Ich finde es einen Schritt in die richtige Richtung, wenn im nächsten Jahr kurz vor der Feier am Ehrenmal auch ein Kranz des Volksbundes am neuen Gedenkstein niedergelegt wurde.“

* Sofort nach meiner Rede kam es zu einem unschönen Eklat. Ein CDU-Ratsherr aus Moringen ergriff wider die Programmfolge das Wort und sagte sinngemäß: „Wir gedenken heute *unserer gefallenen Kameraden*. . .“ Darauf einige laute Bravorufe! Mir lief es kalt den Rücken herunter. Auch ein FDP-Ratsherr – im April 1984 zum stellvertretenden Bürgermeister in Moringen gewählt! – ereiferte sich mir gegenüber mit folgenden Worten: „Wenn Sie im nächsten Jahr dort am neuen Gedenkstein einen Kranz niederlegen sollten, würden die Vereine nicht mitmachen. Wir wollen mit Kriminellen nichts zu tun haben. Die Kirche solle weiterhin ihren Kranz allein niederlegen!“

Im hiesigen Wochenblatt wurde dann gegen mich eine Leserbriefkampagne eröffnet. Sie wurde kurz vor Weihnachten 1982 eingestellt. Ich vermute: wohl wegen des Weihnachtsfestes.

Der Kirchenvorstand Moringen schlug vor, einen Vertreter des Volksbundes über das Thema „Sinn und Bedeutung des Volkstrauertrages“ sprechen zu lassen. Der betonte ausdrücklich, daß zwischen Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft von seiten des Volksbundes bewußt kein Unterschied gemacht würde.

Dagegen meinte ein CDU-Ratsherr zur Moringer Vergangenheitsbewältigung: „Wir haben keine KZ-Opfer zu bedauern und zu bedenken.“ Deshalb sei die Bitte von P. Hickmann, den Gedenkstein auf dem Friedhof zu besuchen, *nicht hinzunehmen* (!). Weiter führte er aus: Im „Jugendschutzlager sind schwersterziehbare Jugendliche aufgrund krimineller Delikte“ verwahrt worden, die nicht mehr im öffentlichen Leben tragbar gewesen seien. Sie hätten sich sogar indirekt dafür bedankt (!), daß sie durch den Aufenthalt im Lager den Krieg überlebt hätten. Von 43 verstorbenen Jugendlichen sei einer auf der Flucht erschossen und einer nach einer Kameradenmißhandlung gestorben. Die anderen seien an Tuberkulose, Herzschwäche und an ähnlichen Krankheiten gestorben. Bei dieser Zahl von Toten, so bemerkte der Ratsherr zum Schluß, könne man nicht von Unmenschlichkeit reden. Solange die Herren Haardt und Hickmann noch nicht in Moringen waren, war in Moringen Ruhe zu diesem Thema.“

Ein FDP-Ratsherr erinnerte daran, man habe fast vierzig Jahre in *Frieden* (!) gelebt, bis eine Minderheit in der Kirchengemeinde beschlossen habe, den Gedenkstein aufzustellen: „Jetzt muß die Kirche zurückstecken!“ Zu stürmischen Szenen führte der Ausspruch eines Moringer Bürgers, die Pastoren sollten sich lieber darum kümmern, daß mehr Leute die Kirche besuchen, als Friedensarbeit zu leisten.

Am Buß- und Betttag 1982 gedachten 500 Menschen in der Northeimer Sixtikirche der Opfer des ehemaligen Konzentrationslagers im nahegelegenen Moringen. Im Anschluß an den Gottesdienst forderten die Gottesdienstteilnehmer in einer Resolution Landesregierung und Landtag auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Erinnerung an die Lager auf dem Gelände des ehemaligen Werkhauses, des heutigen Landeskrankenhauses, nicht dem Vergessen anheimfällt. Wir bitten daher das Land Niedersachsen, eine Gedenkplatte als Zeichen der Mahnung für kommende Generationen anzubringen.“

An dieser Gedenktafel schieden sich nun die Geister in Moringen. Die Landesregierung begrüßte die Anregung. Der damalige Bürgermeister der CDU jedoch war der Ansicht, daß die Tafel Moringen in jeder Weise diskriminierte. Denn „mir ist nicht bekannt, daß jemand umgekommen ist“.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 14. 2. 1983 schrieb über diesen Konflikt: „Die Aufforderung des Moringer Pastors M. Hickmann (fälschlich steht in der Zeitung der Name meines Kollegen) am vorigen Volkstrauertag, den Gefallenen am Ehrenmal und der KZ-Opfer an dem Stein zu gedenken, hat bereits für Ärger gesorgt. Ein Teil der Moringer Bevölkerung, so sagt der Superintendent des Kirchenkreises Northeim, leugne einfach, daß es so etwas gegeben hat. Moringen müsse lernen, Stein und Gedenkplatte als Zeichen der Betroffenheit zu akzeptieren.“

MANFRED HICKMANN:

Veränderungen sind möglich

Erfahrungen eines Pfarrers in Moringen

Seit 1979 bin ich in der ev.-luth. Kirchengemeinde Moringen als Pfarrer tätig. Mit mir zusammen arbeitet ein Kollege, der seit 1973 dort ist. Er hat engen Kontakt zur Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Berlin. Im Jahr 1974 führte er erstmalig eine Fahrt mit 25 Jugendlichen nach Auschwitz durch. Mit meisten Jugendlichen stammten aus Moringen. In Auschwitz fanden sich u. a. Dokumente des Reichssicherheitshauptamtes Berlin, darunter Rundschreiben an die SS-Kommandanten der KZs. In der Anschrift tauchte meistens auch „Moringen“ auf, in einer Reihe mit den anderen bekannten KZs.

Aus Auschwitz zurück gingen die Nachforschungen weiter. 1975 kam der Kontakt mit einem früheren Mitarbeiter des Bundesarchivs Koblenz zustande: zu Dr. Heinrich Muth aus Bendorf/Rhld. Dr. Muth bestätigte dem ev. Pfarramt, „daß das Lager zu den Konzentrationslagern gerechnet werden muß“. Nach weiteren Nachforschungen ergab sich immer mehr durch Dokumente belegte Einzelheiten über die Moringer Konzentrationslager.

Im Jahr 1979 beschloß der Kirchenvorstand Moringen, auf dem kirchlichen Friedhof einen Gedenkstein für die dort begrabenen Häftlinge des „Jugendschutzlagers“ zu errichten. Die Einweihung des Steins mit der Aufschrift „Zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Moringen“ fand am 16. 11. 1980 im Rahmen der ersten Moringer Friedenswoche statt.

Ausführlich berichtete damals die Moringer Wochenzeitung „Der Weserkurier“ über die Friedenswoche und über den Sinn einer Beschäftigung mit der Moringer Vergangenheit: „Am Montagabend berichteten die Polenfahrer über ihren Aufenthalt im KZ Auschwitz. Jugendliche aus der Gemeinde Moringen und aus dem Kirchenkreis Northeim hatten im August 1980 Auschwitz

besucht. Das Ergebnis ihrer Erlebnisse und ihrer Arbeit stellten sie den anwesenden Besuchern vor. Die beiden Dias zu Beginn und der von ihnen selbst gedrehte Film über das KZ Auschwitz, die zu den Dias und den Texten kommentierten persönlichen Stellungnahmen vermittelten wohl jedem Zuhörer einen nachhaltigen Eindruck von dem Ort des Grauens und der Unmenschlichkeit.“

Dieser Abend machte m. E. besonders deutlich, daß ein Dienst am Frieden ohne Geschichtsbewußtsein, d. h. ohne die Geschichte der mit Gewalt umgebrachten und unschuldigen Menschen, nicht möglich ist.

Moringer Vergangenheit

Eine Fotoausstellung eines Teilnehmers verdeutlichte auf ihre Weise den Ort der Unmenschlichkeit und Barbarei. Am Dienstagabend, dem 11. November 1980 ging es um die Moringer Vergangenheit, genau um die Geschichte des Frauen-KZ Moringen. Als Referentin sprach Frau Dr. Hannah Vogt aus Göttingen (damals Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit). Sie war von Juni 1933 bis Weihnachten 1933 im Moringer Lager. Frau Vogt betonte, daß die Inhaftierung ohne Verurteilung und Rechtsgrundlage erfolgte. Sie berichtete:

Besonders schlimm wurde es, als die SS die Bewachung des Lagers übernahm. Schlagartig änderte sich alles. Häftlinge wurden in Arrestzellen gesperrt und mußten unzählige Stehappelle über sich ergehen lassen. Sie selbst habe auf dem Innenhof vor den höhnend-grinsenden Gesichtern der SS-Leute ihre Kunden drehen müssen. „Unvergeßlich wird mir“, so erzählte die Referentin, „ein Refrain sein, den die Häftlinge bei der Rückkehr ins Lager sangen: ‚Uns geht die Sonne nicht unter‘.“ Besonders erniedrigend und grausam war für die Menschen die Auslieferung an die totale Willkür der KZ-Bewacher.

Aufschlußreich und wegweisend waren die Worte, die Frau Vogt an die ältere Generation richtete. Sie meinte, daß wir nicht die Opfer, sondern uns selbst bemitleiden sollten. Allzu schnell sei nach dem Ende der faschistischen Diktatur ein Verdrängungsprozeß in Gang gekommen. Sehr viele Menschen hatten sich sofort dem Wiederaufbau, ihrer eigenen Karriere, dem Streben nach Anerkennung und Reichtum zugewandt. Der Leiden so vieler unzähliger Menschen wollte man sich nicht erinnern.

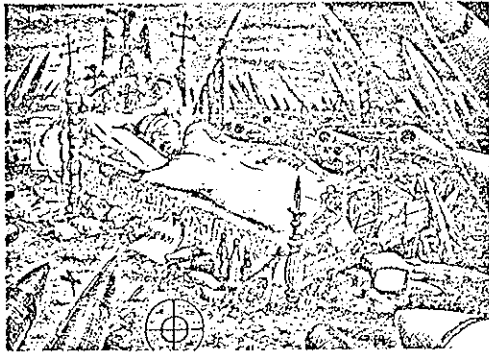
Ein wesentlicher Beitrag zum Frieden bestehe aber darin, sich der Opfer zu erinnern und das lebendig zu halten, was gewesen ist. Dieses Erinnern bewachte uns Javor, wieder Minderheiten Gewalt anzutun. Deshalb lautete auch das Thema dieses Abends: „Erinnern – nicht vergessen – ein Beitrag zum Frieden“

Im Jahr 1981 legten Vertreter der ev. Jugend einen Kranz im Rahmen der 2. Friedenswoche nieder. Am Buß- und Betttag 1982 erfolgte ebenfalls eine Kranzniederlegung. Diesmal war der Kir-

-Fortsetzung nächste Seite-

Im Juni 1983 brachte die Stadt Moringen anläßlich ihres 1000-jährigen Bestehens eine Chronik heraus, die durch ihre antijüdischen und geschichtsverfälschenden Passagen über die Zeit des Nationalsozialismus die Aufmerksamkeit der inländischen und der ausländischen Presse auf sich zog. Sogar das amerikanische Fernsehen strahlte einen kurzen Beitrag bundesweit aus. Titel der Sendung: „Leben in Moringen nur Nazis?“

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Heinz Galinski reagierte in einem Schreiben an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU). Er schrieb: „Ich betrachte diesen Vorgang als einen beispiellosen Skandal und einen Affront gegen die durch die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen umgekommenen jüdischen Bürger und die jüdische Gemeinschaft. Sollte sich die Stadtverwaltung nicht umgehend von dieser Darstellung distanzieren, wird die Folge eine erhebliche Belastung der Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern sein.“



Wer schläft, sündigt!

Zeichnung: Weisgärber

Ministerpräsident Albrecht bedauerte die Veröffentlichung und distanzierte sich in aller Form von dieser Chronik.

In einer Sondersitzung des Rates der Stadt Moringen vom 5.8.1983 stimmten 17 Mitglieder aus allen Fraktionen für einen Antrag eines SPD-Ratsherrn, daß es in Moringen ein „Konzentrationslager für Männer, Frauen und Jugendliche“ gegeben hat. „Ein Vernichtungslager war es nicht!“ Festzuhalten ist, daß über eine Tatsache abgestimmt werden mußte, die bereits im Bundesgesetzblatt aufgeführt ist.

Der Redakteur der Hessisch-Allgemeinen Zeitung schrieb damals in einem deutlichen Kommentar: „Das war kein Ruhmesblatt, was der Rat der Stadt Moringen nach viel zu langem Zögern in einer Sondersitzung zum Thema Vergangenheitsbewältigung schrieb. . . Die überwiegende Mehrheit der rund dreihundert Zuhörer erwartete wohl, daß das Stadtparlament nach dem weitverbreiteten Aufsehen klare demokratische Linien und Abgrenzungen zieht. Statt dessen erlebte man das unwürdige Parteiengezänk, mit dem sich vor allem die Christdemokraten ins politische Abseits stellten. . .“

Und zu einer Entschuldigung an die Adresse der mit dem Buch (der Stadtdchronik, M.H.) verletzten und beleidigten Menschen konnte sich der Rat auch nicht mit einem einstimmigen Votum durchbringen. Ein Ratsherr glaubte ungeniert, es gebe nichts zu entschuldigen, sieben Ratsmitglieder (von der CDU, M.H.) äußerten zum Thema Entschuldigung keine Meinung und enthielten sich der Stimme.

Daß die Entschuldigung des Rates dann doch noch ausgesprochen werden kann, beschloß eine knappe Mehrheit von zehn Ratsherren der SPD, des Abgeordneten der Grünen und eines Liberalen. „Ich schäme mich für diesen Rat“, sagte ein junger Moringener nach der Abstimmung leise zu seinem Nachbarn.“

Eine folgenreiche Entscheidung stellte die Verfügung des Niedersächsischen Innenministeriums dar, die laut Mitteilung der Hessisch-Allgemeinen Zeitung vom 30.11.1983 feststellt, daß es sich bei den Gräbern der 54 Jugendlichen, die zwischen 1940 und 1945 im sogenannten Jugendschutzlager Moringen umkamen, um „Gräber von Opfern nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen“ handele. Das bedeutet, daß für die Gräber die gleichen Vorschriften gelten wie beispielsweise für Kriegsgräber, die dauerhaft erhalten werden müssen. Meine Rede am Volkstrauertag war damit sogar „regierungsamtlich“ im nachhinein bestätigt worden.

Im Mai 1984 führte die Lagergemeinschaft Ravensbrück in Moringen ihre Jahrestagung durch. Besonders anschaulich war die Ausstellung über Frauenschicksale in den Konzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945. Hanna Elling aus Frankfurt/Main, die selbst im Frauen-KZ Moringen gewesen war, eröffnete die Ausstellung mit eindringlichen Worten: „Wir wollen den Jugendlichen mit dieser Ausstellung ein Vermächtnis der Ermordeten hinterlassen und sie auffordern, den Kampf um den Frieden zu führen, damit ähnliche Entwicklungen wie in den Jahren von 1933 bis 1945 verhindert werden.“

Beeindruckend war die Abschlußkundgebung in der gutbesuchten Stadthalle von Moringen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“. Erwähnenswert ist, was der neue Bürgermeister der CDU sagte: die Ausstellung sei Mahnung und Verpflichtung; möge sie dazu beitragen, daß „so etwas nicht wieder passiert“. „Behalten Sie alle das Moringen von heute in besserer Erinnerung als das Moringen, das sie in den dreißiger Jahren erleben mußten.“ Es fragt sich, welches Moringen, das Moringen, das 1983 eine solche Stadtdchronik herausgab, oder das Moringen, das bereit ist, sich zu dieser unheilvollen Vergangenheit zu bekennen.

Anläßlich der Kundgebung in der Stadthalle schloß ich meine Rede: „Die Erfahrungen der ehemaligen KZ-Insassen sind das große Vermächtnis und die Verpflichtung, zu widerstehen zur rechten Zeit.“

Aufgrund der Moringener Ereignisse stellte sich die Kreisvolkshochschule Northeim auf die neue Lage ein und bot bisher mehrere „alternative“ Kreisrundfahrten „Auf den Spuren des Nationalsozialismus“ an. Die Rundfahrten richten sich an Multiplikatoren wie Lehrer, Pastoren und Jugendbetreuer. Auch für interessierte Schulklassen und Gruppen werden sie angeboten. Die Hessisch-Allgemeine Zeitung vom 28.1.1983 berichtete unter der Überschrift: „Kreisrundfahrt trifft Nerv.“

Als weiteres erfreuliches Zeichen ist festzuhalten, daß auf Anregung des SPD-Landtagsabgeordneten Otto Gräber das niedersächsische Sozialministerium in Hannover plant, die künftige Eingangshalle des ehemaligen Waisenhauses in der Stadt Moringen so zu gestalten, daß aus Dokumenten und Darstellungen die Geschichte des Waisenhauses und insbesondere die Zeit von 1933 bis 1945 deutlich wird. Die Hessisch-Allgemeine Zeitung vom 19.1.1984 brachte dazu einen kurzen Artikel unter der Überschrift: „Für Gedenkstätte / Minister nimmt Anregung auf.“ Anläßlich der 40. Wiederkehr des 8. Mai 1945 beabsichtigen ehemalige Häftlinge aus dem Jugendkonzentrationslager einen Gedenkgottesdienst mit Kranzniederlegung und eine Kundgebung mit politischen Vertretern in Moringen durchzuführen.

Wenn ich zurückblicke auf das, was nach der Einweihung des Gedenksteines im November 1980 im Moringen geschehen ist, kann ich bescheiden feststellen: Es ist einiges in Bewegung gekommen. Positive Veränderungen haben stattgefunden. Es hat sich gelohnt, bei der Sache zu bleiben – trotz Diffamierungen, trotz Leserbriefkampagne, trotz mancherlei Anfeindungen.

Viele Moringener Bürger sind politisiert worden, sind aufgewacht; ebenfalls Bürger aus der näheren und weiteren Umgebung. Besonders erfreulich ist, daß sich ehemalige Häftlinge aus dem Jugendkonzentrationslager nach und nach wiedergefunden haben.

Zwar besteht einerseits noch immer die kuriose Situation, daß die Stadt Moringen mit keiner Silbe auf die 54 Jugendlichen konkret eingeht (Volkstrauertag), andererseits hat aber die niedersächsische Landesregierung den Sonderstatus für die 54 Jugendgräber anerkannt (Opfer des Nationalsozialismus).

Es wäre zu wünschen, daß am Volkstrauertag nur eine Gedenkfeier für die Opfer der Kriege und auch der Gewaltherrschaft mit konkretem Bezug auf Moringen stattfände.

Es wäre zu wünschen, daß meine Rede am Volkstrauertag 1982 endlich anerkannt wurde. „Regierungsamtlich“ ist sie ja bestätigt worden. Nur in Moringen noch nicht. Ob diese beiden Wünsche in Moringen bald in Erfüllung gehen, bleibt zu hoffen.

Ich jedenfalls werde die Hoffnung nicht aufgeben.

Jugendschutzlager Moringen (Gölling)
Börsenstraße 1
Jugendschutzlager Moringen
Benfleit:
13. VI. 1944
Artikel aus: "Neue Stimme" Heft 4, 1985

Gastrecht in Deutschland mißbraucht?

Durch das Werksgelände der bundeseigenen Stahlwerke in Salzgitter führt eine Hochstraße. Ihr Unterbau aus Beton ist zugemauert. Die 12 Meter breiten, 40 Meter langen Hallen unter der Fahrbahn gehören heute zum Bauhof des großen Industrierwerks. Bis zum 7. April 1945 waren in jeder der vier Hallen mehr als 700 Häftlinge zusammengepfercht: Arbeitssklaven der „Reichswerke Hermann Göring“ (RWHG).

Gegen Zahlung von sechs Reichsmark pro Tag für Fach- und vier Mark für Hilfsarbeiter hatten die RWHG, das größte Rüstungsunternehmen des Nazi-Reiches, die Häftlinge vom KZ Neuengamme erhalten. Die tägliche Arbeitszeit dauerte zwölf Stunden. Die Verpflegung war miserabel, die Bekleidung dürftig, zum Waschen gab es keine Seife, Krankheiten breiteten sich schnell aus. Viele Häftlinge starben an Entkräftung. Aber Neuengamme sorgte immer für Nachschub. In der Nacht zum 8. April 1945 schloß die SS das Arbeitslager Drütte, die Häftlinge wurden in

Richtung Neuengamme in Marsch gesetzt. Für viele war es ein Todesmarsch.

In einer vom Betriebsrat und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten des Stahl-Konzerns veranstalteten Gedenkstunde auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers Drütte in einer scharfen Kurve der Hochstraße erinnerte Franz Steinkühler, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall, am Donnerstag an die Leiden der aus ihren Heimatländern verschleppten sowjetischen, polnischen, französischen und niederländischen Zwangsarbeiter, aber auch an die „unheilige Allianz“, deren Opfer diese Menschen wurden: die Allianz zwischen Hitler und Industriellen. Steinkühler rief dazu auf, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung der faschistischen Vergangenheit unmöglich machen, und er warnte davor, die Nazi-Verbrechen zu verdrängen und zu vergessen.

Arbeitslager Drütte
(Salzgitter)

Jahrzehntelang geschah in Salzgitter wenig, um Erinnerungen wachzuhalten, die einigen Honoratioren der Stadt peinlich waren. Die ganze Stadt und der Industriekomplex, von dem sie nach wie vor abhängt, verdanken ihre Existenz im wesentlichen der Sklavenarbeit von Häftlingen. 1942, als die Stadt gegründet wurde, bestand sie aus einigen Dörfern und dazwischen zahlreichen Arbeitslagern. Neben dem Lager Drütte gab es da zum Beispiel das Lager Leinde mit 3000 Männern und Frauen, die Munition herstellten, oder das zeitweilig als Straflager besonders berühmte Lager 21 bei Hallendorf, in dem zwischen 1940 und 1945 insgesamt 35 000 Menschen aus etwa 30 Ländern inhaftiert waren, oder das für viele Tausende sowjetische Zwangsarbeiter errichtete Lager 24, das „Todeslager“ am Kiehwinkel, wohin später die kranken und verletzten Häftlinge zum Dahinsie-

chen abgeschoben wurden. Von den 121 000 Einwohnern Salzgitters im Jahre 1944 waren 62 000 Lagerinsassen. Nirgendwo in Deutschland arbeiteten so viele Ausländer wie in der Stadt der RWHG.

Wer nicht die gewünschte Leistung brachte, hatte Essensentzug oder Einweisung ins Straflager zu gewärtigen. Zur „Arbeitserziehung“ gehörten auch Mißhandlungen, Erhängungen, Erschießungen von „Bummelanten“. Die Hinrichtung eines Franzosen, der Lebensmittel gestohlen hatte, wurde richterlich mit „schnödem Mißbrauch des Gastrechtes in Deutschland“ begründet.

Nach der Befreiung 1945 kämpften manche überlebenden Opfer vergeblich um Entschädigung. Der Chef der RWHG, Paul Pleiger, wurde zwar in Nürnberg verurteilt, brauchte aber seine Strafe nicht lange abzusitzen; zeitweilig durfte er nach dem Krieg sogar noch kommissarisch den Konzern weiterführen. Einer seiner gefürchtetsten „Betriebsführer“ in Salzgitter wurde in den sechziger Jahren Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender der Nachfolgegesellschaft der RWHG. Einem Erfolg hatte dagegen bisher der Salzgittersche „Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.“, der sich beim Salzgitter-Konzern darum bemüht, daß in einer der Hallen unter der Hochstraße eine Gedenk- und Dokumentationsstätte eingerichtet wird.

Erinnerungsarbeit:
"Arbeitskreis
Stadtgeschichte
e.V."

Das mindeste, was man heute den Opfern von damals schulde, wäre Schutz vor Verunglimpfung, meinten die am Donnerstag auf dem einstigen Appellplatz versammelten Gewerkschafter. Steinkühler nannte es ein „blamables Kabinettsstück von Verdrängungspolitik“, daß sich die Bundesregierung und die sie tragenden Kräfte nicht dazu durchringen mochten, dafür eine klare Strafvorschrift zu schaffen.

ECKART SPOO (Hannover)

Fraus:
Frankfurter
Ausschau, 12.4.85

Abbruch statt Gedenkstätte?
Ehemaliges Hinrichtungsgebäude der NS-Zeit soll verschwinden
Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER 11. April Das niedersächsische Justizministerium in Hannover plant, auf dem Gelände der ehemaligen Hinrichtungsgebäude abzureißen. In den Jahren 1940 bis 1945 waren dort mehr als 2000 Männer und Frauen hingerichtet worden. In und um Hannover herum sind weitere Teile des ehemaligen Konzentrationslagers in den Bezirken Braunschweig, Celle, Odenburg und Lüneburg errichtet worden. Die Forderung, in dem Gebiet eine Gedenkstätte einzurichten, war für die Vollstreckung des Todesurteils aus dem In- und Ausland. Die Anstalt bestand aus dem Oberlandesgerichtsgebäude in der Altstadt, das heute als Justizministerium genutzt wird. Die Gedenkstätte sollte ein Sprechort sein, an dem die Opfer der NS-Zeit geehrt werden können. Die Gedenkstätte sollte ein Sprechort sein, an dem die Opfer der NS-Zeit geehrt werden können. Die Gedenkstätte sollte ein Sprechort sein, an dem die Opfer der NS-Zeit geehrt werden können.

Wolfenbüttel

Gedenkstätte KZ - Wilhelmshaven

Auf Initiative eines historischen Arbeitskreises entwickelt sich der Aufbau einer "Gedenkstätte KZ-Wilhelmshaven" (ein ehemaliges Außenlager des KZ Neuengamme) positiv.

Ein Teil des ehemaligen Lagergeländes ist als Gedenkstätte in Zusammenarbeit mit dem Gartenbauamt und Jugendgruppen hergerichtet worden. Die GEW hat eine Patenschaft übernommen, um damit eine pädagogisch zielgerichtete Gedenkstättenarbeit sicherzustellen.

Darüber hinaus bemüht sich der Arbeitskreis ^{durch} eine Wanderausstellung, "alternative" Stadtrundfahrten, die Beratung und Betreuung von historischen Arbeiten und von Spurensicherungsprojekten; sowie der Anlage eines umfassenden Archives Grundlagen für eine langfristige Bildungsarbeit in Schule und mit Erwachsenen zu schaffen.

Kontaktadresse: Hartmut Büsing, Weserstr. 73, 294 Wilhelmshaven.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mitgliedsbuch

Lit. A. Haupt-Nr. 7600

Nr.

Krökel Wilhelm
(Name) (Vorname)

Beruf: Typsetzer

Geboren am 4. 4. 1897 zu Breda

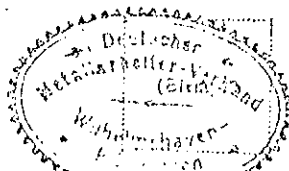
Ein-
tritt
getreten am 14. 5. 1944 in Breda

Nach Umrechnung der Beiträge gilt Inhaber als seit dem 21. 10. 1944 organisiert.
d. V. 47

Für die richtige Verwaltung:

H. Büsing

(Vorsitzender)



Form. 4.

Wilhelm Krökel,
ermordet im KZ Neuengamme.
Der DGB Kreis Wilhelmshaven hat ihm zu Ehren den großen Saal des Gewerkschaftshauses "Wilhelm Krökel Saal" genannt. Ein ebenfalls gestifteter Fußballpokal mit seinem Namen wird jedes Jahr unter Wilhelmshavener Schülerinnen und Schülern ausgespielt.

Landespressediens

BERLIN

Aus dem Abgeordnetenhaus

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit des Abgeordnetenhaus
Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62, Telefon: (030) 793 38 27.

10. April 1985
Nr. 69

KLEINE ANFRAGEN

Kleine Anfrage Nr. 4686 des Abgeordneten Horst Kollat (SPD) vom 19.3.1985 über Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße:

1. Warum ist die im Oktober 1983 geschlossene Gedenkstätte noch immer nicht der Öffentlichkeit zugänglich?
2. Wann endlich soll die Eröffnung erfolgen?
3. Wieviel Geld war ursprünglich für die Renovierung, den Umbau und die Neukonzeption veranschlagt? - Wird diese Summe reichen?
4. Mit wieviel Personal arbeitet der wissenschaftliche Leiter, Herr Prof. Dr. Steinbach, an der Neukonzeption und wie hoch sind diese Personalkosten?
5. Wie soll die Neukonzeption im Endergebnis aussehen?

Antwort des Senats vom 29.3.1985 (eingegangen beim Abgeordnetenhaus 3.4.):

Zu 1. bis 5.:

Auf Grund des Standes der Bauarbeiten, die der Bund als Eigentümer des Gebäudes vom Bauamt Nord durchführen läßt, ist die Eröffnung der Gedenkstätte für Ende Juni 1985 vorgesehen. Die Gedenkstätte kann dann ihre Bildungsarbeit (Film- und Vortragsveranstaltungen, insbesondere für Schulklassen und Jugendgruppen, Seminare usw.) unter wesentlich erweiterten und verbesserten räumlichen und technischen Voraussetzungen wieder aufnehmen.

Die zur Gedenkstätte gehörende Ausstellung wird wegen des Umfangs der zu leistenden Arbeiten - dazu unten - der Öffentlichkeit in zwei Etappen zugänglich gemacht. Der größere Teil, der im wesentlichen - nach einem einführenden Überblick über die Entwicklung vor 1933 sowie über Programm und Wirklichkeit des Nationalsozialismus - den Widerstand aus der Arbeiterbewegung und aus christlicher Tradition bis zum Kriegsbeginn den Gesamtkomplex des 20. Juli 1944 einschließlich des Kreisauer Kreises, die Weiße Rose und die Rote Kapelle umfaßt, wird im ersten Halbjahr 1986 fertiggestellt sein; die übrigen Räume, endend mit der Verfolgung des Widerstands durch die NS-Justiz, sollen bis Ende 1986 folgen.

Zur Konzeption der Gedenkstätte:

An die Stelle der bisherigen "Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße", deren provisorischer Charakter sich schon in der Namensgebung ausdrückte, wird die "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" treten als für die Bundesrepublik zentraler Ort des Gedenkens und der Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Gedenkstätte ist der Gesamtheit des deutschen Widerstands in der Vielfalt seiner Richtungen, Gruppierungen, Persönlichkeiten und Entwicklungsstufen gewidmet. Sie versucht, ein wirklichkeitsgetreues Bild des Widerstands in seiner Differenzierung und in seiner Zeitbezogenheit zu zeichnen und den Widerstand auch aus seinen zeitgeschichtlichen Bedingungen und Zusammenhängen zu verstehen und zu würdigen.

Die sog. Dauerausstellung - diese Bezeichnung gibt Funktion und Charakter leider nur sehr unvollkommen wieder - wird auf ca. 1.000 m² in 26 Kapiteln über 5.000 Objekte präsentieren bzw. verfügbar halten. (Zum Vergleich: Die bisherige Ausstellung umfaßte auf etwa 200 m² rund 170 Objekte.) Diese Dimension erklärt und legitimiert sich nicht nur aus dem Umfang und der notwendigen Differenzierung des Stoffes,

16

sondern auch aus den berechtigten Erwartungen, die von vielen Seiten an eine Gedenkstätte dieses Anspruchs gerichtet werden und die im Rahmen des Möglichen erfüllt werden sollen.

In dem Medienverbund, der der Gedenkstätte zur Verfügung steht, - vom Buch über Film und Diskussion bis zum Archiv - hat die Ausstellung die Aufgabe, insbesondere bei den Nachgeborenen Interesse und Betroffenheit zu wecken und ihnen den Zugang zu geschichtlichen Ereignissen und Persönlichkeiten zu eröffnen. Die Ausstellung muß deshalb Bilder und Dokumente aus jener Zeit auffinden und zum Sprechen bringen, wobei die Erläuterung und Kommentierung so knapp wie möglich zu halten ist.

Die Gestaltungskonzeption zielt auf Eindringlichkeit, indem sie auf alle Aufdringlichkeit verzichtet, auch kein vorgegebenes Präsentationssystem oder -schema verwendet, sondern sich auf ihren Gegenstand einläßt und so für die unterschiedlichen Kapitel je eigene Gestaltungsformen entwickelt, die zurückhaltend Elemente der Zeit und des Milieus aufgreifen, sich aber nie in den Vordergrund drängen, sondern sich in den Dienst der zu zeigenden Objekte stellen, ihrer Eindringlichkeit vertrauen und sie entfalten.

Umfang und Dauer der zu leistenden Arbeiten ergeben sich aus dem vorstehend erläuterten qualitativen und quantitativen Anspruch der Gedenkstätte und der Ausstellung unter Berücksichtigung der folgenden Umstände:

- Es gibt einerseits eine Fülle im weitesten Sinne "einschlägigen" Materials, zugleich aber große Lücken in zentralen Bereichen, wo z. B. konspiratives Verhalten auf Spurenlosigkeit zielte. Das reichlicher vorhandene Aktenmaterial der Verfolgungsmaschinerie liefert aus naheliegenden Gründen oft kein authentisches Bild des Widerstands.
- Die schon deshalb sehr mühsame Suche nach möglichst aussagekräftigen Bildern und Dokumenten wird erschwert durch

den Umstand, daß die Erforschung des Widerstands, wie der von der Gedenkstätte und der Historischen Kommission im Juli 1984 veranstaltete Kongreß gezeigt hat, vielfach erst am Anfang steht und oft noch nicht einmal die Quellen wissenschaftlich erfaßt sind. Selbst in neuesten Veröffentlichungen halten Erläuterungen und Zuordnungen von Bildern in vielen Fällen einer Überprüfung nicht stand.

Das Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk hat deshalb am 1. März 1985 beschlossen, "Forschungen zum deutschen Widerstand 1933 - 1945" zu einem Schwerpunkt seiner Förderung zu machen. Es wird angestrebt, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand einen maßgeblichen Platz in der anstehenden Forschungsarbeit zuzuweisen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß für die Ausstellung nicht einfach aus bereitliegendem Material ausgewählt werden kann, sondern daß ein erheblicher Teil unverzichtbaren Materials erst durch eigene Forschungsarbeit in Archiven wie aus (z. T. nicht erschlossenem) Privatbesitz im In- und Ausland aufgefunden und wissenschaftlich aufgearbeitet werden muß.

- Zu berücksichtigen ist schließlich, daß die darzustellenden Ereignisse wegen ihrer Gegenwartsnähe und ihrer politisch-moralischen Dimension in der Öffentlichkeit, auch von den Beteiligten oder ihren Angehörigen, durchaus kontrovers geschildert und bewertet werden, oft auch als Argument in der politischen Auseinandersetzung dienen. Die Gedenkstätte würde ihrer Bestimmung nicht gerecht, wenn sie hier nicht mit besonderer Gründlichkeit und Sorgfalt vorgeht. Sie würde viele Unterlagen, insbesondere aus Privatbesitz, auch gar nicht erhalten, wenn sie hierfür nicht Gewähr böte.

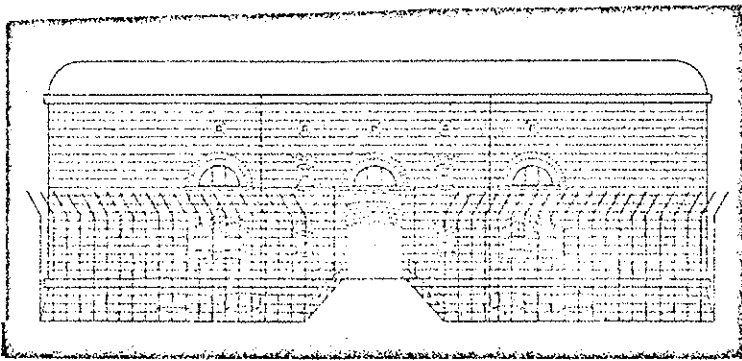
Die Baukosten sind mit 3,25 Mio DM veranschlagt. Voraussichtlich werden aber nur 2,3 Mio DM in Anspruch genommen, einschließlich der Herrichtung eines inzwischen vom Bund zur Verfügung gestellten weiteren Gebäudeteils, der vor allem für Wechsellausstellungen genutzt werden soll.

- 11 -

Für die Entwicklung und Produktion der Ausstellung waren anfänglich, orientiert an durchschnittlichen Erfahrungssätzen für kulturhistorische Museen, 2 Mio DM veranschlagt worden. Nachdem sich gezeigt hat, daß aus den oben ausführlich dargestellten Gründen für dieses Projekt auf Vergleichswerte nicht zurückgegriffen werden kann und wesentlich umfangreichere Vorarbeiten notwendig sind, sind für die Jahre 1984 bis 1986 insgesamt 4,29 Mio DM ausgegeben, bewilligt bzw. angemeldet worden.

Die Konzeption hat Prof. Steinbach bereits 1983 vorgelegt. Die Arbeitsgruppe, die bei der Realisierung (Sammlung, Auswahl, Überprüfung und Erläuterung der Ausstellungsobjekte) mitarbeitet, umfaßt zur Zeit fünf freie wissenschaftliche Honorarkräfte, vier studentische Hilfskräfte und eine Schreibkraft. Die Vergütung dieser in der Regel halbtags tätigen Kräfte macht monatlich insgesamt rund 17.000 DM aus.

Eberhard Dieppen
Regierender Bürgermeister



KZ-Gedenkstätte "Oberer
Kuhberg", Ulm

Die Dokumentation im "Oberen Kuhberg" ist am 19. Mai, nach mehreren Terminverschiebungen, eröffnet worden.

Nach einigen Festrednern, u.a. Heinz Oskar Vetter, hat Walter Wuttke die Vorstellung der Ausstellung übernommen.

Etwa die Hälfte der Konzeption konnte allerdings nur bis zum Eröffnungstermin vom Designer in der Ausstellung umgesetzt werden.

Hat der Eröffnungstag auch eine große Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden, bleibt auch hier die beklemmende Frage, wie diese Gedenkstätte zu einem lebendigen Ort der zeitgeschichtlichen und politischen Auseinandersetzung werden kann.

Bisher sind keinerlei Mittel für feste Öffnungszeiten, Führungen und pädagogische Betreuung vorhanden.

ERINNERN IN BONN

Bonner Projekte und Initiativen zur
Erforschung des Nationalsozialismus
— ein Überblick —



Der "Verein an der Synagoge e.V."
zeigt vom 7. - 15. Mai 1985
in den Räumen der Synagogengemeinde, Tempelstraße 2,
Ausstellungen, Dokumentationen und Schülerarbeiten,
die sich mit der Geschichte Bonns
in den Jahren 1933 - 1945 befassen.

An vielen Schulen im Bonner Raum haben sich Schüler mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt. Zu den aufgeführten Themen haben sich Schüler in Form von Projektwochen, Situationsspielen und Schülerwettbewerben beteiligt. Zahlreiche Schüler wurden beim Wettbewerb "Deutsche Geschichte" um den Preis des Bundespräsidenten mit Preisen ausgezeichnet. Diese Liste ist nicht vollständig und soll ständig erweitert werden. Kontakte: Schüler oder Lehrern vermittelt der Verein gerne.

Der Verein an der Synagoge:

Die Zeit des Nationalsozialismus in Bonn darf nicht vergessen werden. Deshalb haben sich Kirchen, Ratsfraktionen, Gewerkschaften, Jugendring, Synagogengemeinde und weitere Institutionen und Einzelpersonen zusammengeschlossen, um über die Zeit des Nationalsozialismus zu arbeiten.

Ziel des Vereins ist die Einrichtung einer Erinnerungs- und Gedenkstätte im Brückenkopf der Kennedybrücke am Erzberger Ufer. Hier stand die ehemalige Synagoge und hier war das Zentrum des alten jüdischen Viertels. In dieser Gedenkstätte soll

- der Opfer gedacht werden,
- Verständnis für Minderheiten, Toleranz und Achtung auch vor anderen Völkern gefordert werden,
- vor allem auch Schülern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, sich in einer ihnen angemessenen Weise mit dem Nationalsozialismus zu befassen,
- auf die Gefahr durch Neonazis hingewiesen und ihr entgegengetreten werden.

Aus dem Text der Broschüre:

"Um das Wissen über
Bonn zu dieser Zeit
geben ... haben
Gewerkschaften, Rats-
weitere Institutionen
Trägerverein zusam-

600
BONNER
BÜRGER
OPFER DES
NATIONAL-
SOZIALISMUS
*
EUCH.
DIE IHR STARBET.
ENTRECHTET.
ERNIEDRIGT.
GESCHANDET.
ZUM GEDENKEN
UNS
ZUR MAHNUNG

die Geschehnisse bei uns in
aufzuarbeiten und weiterzu-
sich Kirchen, Synagogengemein-
fraktionen, Jugendring und
und Einzelpersonen zu einem
mengeschlossen.

Ziel des Vereins ist die Einrichtung einer Erinnerungs- und Begegnungsstätte am Brückenkopf der Kennedybrücke am Erzberger Ufer. Hier stand die ehemalige Bonner Synagoge und hier war das Zentrum des alten jüdischen Viertels.

Konzeption:

Am Brückenkopf stehen drei große Räume zur Verfügung für
- die würdige Ehrung der Opfer des Nationalsozialismus, - wechselnde Ausstellungen, - öffentliche Veranstaltungen, - Seminare, usw.,
- Filmvorführungen, - Dokumentensammlung, Bücherei, - Produktion von Dia-Reihen, Video-Bändern, Tonbandaufzeichnungen, - Vorbereitung und Durchführung von Stadtrundfahrten, Schülerwettbewerben, usw.. "

In der Gedenkstätte Flossenbürg wird Besuchern ein detaillierter Einblick in die Geschichte des Lagers gewährt

Dokumentationsraum wieder zugänglich

Ausstellung inhaltlich und visuell verbessert — DGB Bayern hält weitere Maßnahmen für notwendig — Hauptamtliche Besetzung?

FLOSSENBÜRG — In der Grab- und KZ-Gedenkstätte Flossenbürg wurde in einem Teil der ehemaligen Gefängnisbaracke die neugestaltete Informationsausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf großflächigen Bildern und mit erläuternden Texten wird dem Besucher des ehemaligen Konzentrationslagers Einblick in die Geschichte des Lagers und der dort herrschenden unmenschlichen Verhältnisse gewährt.

Erste Schritte vor 40 Jahren

Innerhalb eines halben Jahres wurde der Dokumentationsraum baulich instandgesetzt und inhaltlich neu gestaltet. Die dafür zuständige Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen konnte sich bei der Überarbeitung der Dokumentation auf die Mithilfe des KZ-Forschers Toni Siegert stützen.

Bereits in den Jahren 1945 — 1949 begannen die ehemaligen Häftlinge selbst mit dem Aufbau einer Gedenkstätte im „Tal des Todes“. Erst in den 50er Jahren wurde vom Staat die Grab- und KZ-Gedenkstätte mit einer Dokumentations-schau ausgestattet. Kritik von in- und ausländischen Besuchern veranlaßte den Landtag im ver-

gangenen Jahr zur Initiative, die Dokumentation inhaltlich zu überarbeiten. Besonders der italienische Staatspräsident Sandro Pertini, dessen Bruder in Flossenbürg getötet wurde, bemängelte bei seinem Staatsbesuch 1979 den Zustand der KZ-Gedenkstätte.

Die nun wiedereröffnete Dokumentation beginnt mit der zentralen Stellung der Konzentrationslager im nationalsozialistischen Terror-system. Detailliert wird die Gründung des KZ Flossenbürg, seine Erweiterung und die Errichtung seiner über 100 festen Außenlager dargestellt. Eindrucksvolle Bilder vom Arbeitseinsatz der Häftlinge in den Steinbrüchen veranschaulichen dem Besucher die furchtbaren Lebensbedingungen der Menschen in diesem Lager. Karten zeigen die Todesmärsche der Häftlinge bei der Evakuierung des Lagers im April 1945 nach Süden.

Hauptamtlicher Betreuer gesucht

Trotz der inhaltlichen und visuellen Verbesserung der Ausstellung fordern die Gemeinde Flossenbürg und der DGB Bayern weitere Verbesserungen an der Grab- und Gedenkstätte. So fordert Bürgermeister Werner vom Kultusministerium die hauptamtliche Betreuung der Gedenkstättenbesucher. Insbesondere Schulklas-

sen sollen ähnlich wie in Dachau durch einen dafür freigestellten Lehrer in den Sommermonaten geführt und informiert werden.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des DGB Bayern, Fritz Schösser, fordert in einer Stellungnahme das Kultusministerium dazu auf, Flossenbürg endlich zu einem Ort des politischen Lernens zu machen. Auch er hält die hauptamtliche Besetzung der Gedenkstätte des ehemals viertgrößten Konzentrationslagers für erforderlich.

Ein Archiv aufbauen

Besucher von Flossenbürg sollten nicht weiterhin planlos auf diesen historischen Plätzen herumirren müssen. Schösser verwies auf die inzwischen vorliegenden Ergebnisse der Forschungsgruppe der DGB-Jugend Ostbayern zum KZ Flossenbürg. Er bekräftigte seine Auffassung, daß es sich bei diesem Werk um einen unverzichtbaren Grundstock zum Aufbau eines Archives handle. „Es ist erforderlich alles zu tun, daß diese Stätte zu einem Forschungs- und Nach-Denkmal wird.“

Die ehemalige Gefängnisbaracke ist ab sofort allen Besuchern wieder zugänglich. j.g.

Gedenkraum in der KZ-Gedenkstätte:

Flossenbürg:

KZ-Ausstellung in Stadtbibliothek

25. 4. 85, Nürnberger Nachrichten

Ausbeutung in Flossenbürg

Eine aus mehreren Gründen bemerkenswerte Ausstellung ist noch bis zum 4. Mai in der Regensburger Stadtbibliothek im Thon-Dittmer-Palais am Haidplatz zu sehen. Thema: „Wirtschaftliche Verflechtungen des KZ Flossenbürg“. Da kann man in den Abrechnungslisten der SS so manchen Namen renommierter Firmen der Region lesen. Da erfährt man beispielsweise, daß das Weidener Unternehmen Witt im Dezember 1941 rund 400 Frauen aus dem KZ Flossenbürg beschäftigt hat, Preis pro Tag und Frau 4 Reichsmark. Bemerkenswert ist vor allem, daß dieses Thema so detailliert noch nie aufgegriffen wurde. Die DGB-Jugend Weiden hat die Ausstellung unter fachlicher Anleitung erarbeitet.

bürg 4000 Kubikmeter Bausteine produziert. Fast 130 Außenlager hatte das KZ Flossenbürg in Bayern, aber auch auf dem Gebiet der CSSR.

Die Ausstellung ist visuell gut aufbereitet. Große Bilder und zahlreiche Dokumente geben Auskunft, in welchem Maß auch Ostbayern von der Ausbeutung der Gefangenen profitiert hat.

Aus der Geschichte lernen, das nahm die Weidener DGB-Jugend ernst. Sie beschäftigte sich mit dem KZ Flossenbürg als Wirtschaftsunternehmen. Was da von der Gesell-

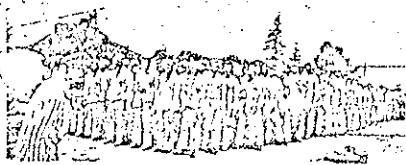
Im Bundesarchiv in Koblenz kann man es nachlesen: Das KZ Flossenbürg wurde in Ostbayern als Wirtschaftsfaktor gepriesen wie heute die WAA. Das begann bereits beim Auf- und späterem Ausbau des Lagers. Listen von Firmen liegen vor, die sich um Aufträge bewarben. Parteimitglieder strichen ihre Regimetreue heraus. Man riß sich um Lieferantenverträge für den Lagerbetrieb.

Außerdem war das KZ Verleihsstelle für billige Arbeitskräfte. Es war ein Geschäft auf Gegenseitigkeit zwischen SS und Wirtschaft. Für vier bis sechs Mark am Tag konnte man KZ-Häftlinge billig haben. Die Nachfrage war so groß, daß die Wirtschaftsabteilung des Reichssicherheitshauptamts Millio-neneinnahmen pro Jahr verbuchen konnte. Einer der Hauptprofitmacher des Geschäfts durch die Ausbeutung der Häftlinge war das Regensburger Messerschmittwerk. Ab 1943 wurde ein beträchtlicher Teil der Produktion von Kampfflugzeugen von KZ-Insassen gefertigt.

Ursprünglich war das Lager für die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH, einen SS-Betrieb, in Flossenbürg gegründet worden. Viele Häftlinge sind bei den schweren Steinbrucharbeiten ums Leben gekommen. 1940 wurden in Flossen-

Ausbeutung und Vernichtung durch Arbeit

Wenig betriebl. die Maschinen der SS die Ausbeutung der Häftlinge wurden die Häftlinge aus im Steinbruch eingesetzt oder was sonst noch die Aufkommensherkunft an Wirtschaft als "Leistung" berechnet werden - nicht der wirklich in dieser Hinsicht Form zu sein



Wirtschaftliche Verflechtungen des KZ Flossenbürg

Eine Ausstellung der DGB-Jugend Weiden
Stadtbibliothek

Mo. 22.4.85 18.30: Eröffnung mit Gedenkfeier
Di. 23.4.85 18.30: Große ANKUNFT, politische
Vortrag zum 8. Mai 1945 in Flossenbürg

Es folgt ein

DGB-Jugend Weiden, Kurstag am 23. April, 1985

schaft einer ganzen Region verdrängt wird, ist von der SS-Bürokratie penibel in Akten festgehalten.

Waldenburger Kurier, 27.3.85

Der Nordbayerische Kurier war zu dieser Tagung gleichfalls eingeladen, da man auf die Veröffentlichungen im Pegnitzer Lokaltitel über die Geschehnisse am letzten Kriegstag in Pegnitz und Umgebung und auch auf den Bericht über die Pottensteiner KZ-Juden aufmerksam wurde.

Die DGB-Jugendbildungsstelle lobte diese Dokumentationen sehr, dienten sie doch in erster Linie mit dazu, der heutigen Jugend Einblicke in die Zeit vor 40 und mehr Jahren zu geben. Diese große Lücke im Wissen der Jugend müsse unbedingt geschlossen werden. Leider hätten die Schulen insgesamt seit 1945 hier willkommen versagt.

Auch der Pegnitzer Heimatforscher Walter Tausendpfund war dabei, der über die Bemühungen des Landkreises Bayreuth, den Tuchersfelder Judenhof zur Informationsstelle auszubauen, berichtete. Die Gäste waren erstattet, daß man dort die alte Synagoge vom Schutt befreit hat und dabei ist, sie wieder vollkommen auszustatten.

Über das Hauptlager Flossenbürg ist bereits von der DGB-Jugendbildungsstelle ein Buch erschienen, auch eines über Hersbruck. Besonders interessant ist der kleine Band über das Lager Herrbruck: Überlebende Häftlinge haben ihren Lebensweg geschildert. Die DGB-Gruppe hat vor, auch über Pottenstein noch geschilderte Geschichten - viele Unterlagen auch in der DDR und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu sammeln.

Dokumentation über das KZ

DGB-Jugend sammelt Daten

POTTENSTEIN. Mitglieder der Jugendgruppen des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Oberfranken und der Oberpfalz trafen sich im Pottensteiner Hof im Pottensteintal. Zweck der Zusammenkunft und Beratungen waren die Nachforschungen über das ehemalige KZ-Lager Pottenstein, eine wichtige Außenstelle des KZ-Hauptlagers Flossenbürg. Johannes Graßl von der Jugendbildungs-

DGB-Jugendvertreter aus Weiden aus Hof, aus Rehau und Payreuth, Forchheim und Thurnau und auch aus Selb waren schon am Vormittag vertreten, nachmittags kamen weitere hinzu.

Johannes Graßl und seine Mitarbeiter, vor allem aus dem Oberpfälzer Raum, haben es sich zur Aufgabe gemacht, die NS-Zeit vor allem aber die Geschichte des KZ Flossenbürg mit all seinen Außenlagern und Außenarbeitsstellen aufzuarbeiten. Seit ein-dinhalb Jahren befaßt man sich ein-drücklich mit Flossenbürg und man hat auch Einblicke in das unheimliche Material bekommen, das bei dem früheren Flossenbürg-Prozess zur Verfü-

O S T H O F E N

Die DGB-Jugend Rheinland/Pfalz und Hessen bemüht sich seit vier Jahren, das ehemalige KZ-Osthofen wieder stärker in Erinnerung zu rufen.

Über die vielfältigen Aktivitäten - inzwischen wird ein großer Gedenkstein von St. Metzlehrlingen modelliert - wird in einer Broschüre ausführlich berichtet.

Zu beziehen über: DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Abt. Jugend
Kaiserstraße 26-30, 6500 Mainz

Herausgabe von Akten wird verweigert

Kritik am Staatsarchiv in Marburg / „Forschung über NS-Zeit erschwert“

MARBURG. Das Marburger Staatsarchiv sorgt für Ärger, Wissenschaftler, die geschichtlich es Quellenstudium treiben wollen - aufbewahrt werden über 30 Kilometer Akten und 122 000 Urkunden - fühlen sich in ihrer Arbeit wesentlich beeinträchtigt. Der Kragen geplatzt ist nun dem Pädagogen Dr. Hanno Schmitt, einem ständigen Benutzer des Staatsarchivs.

Im Vorwort der in den nächsten Wochen erscheinenden Studie „Marburger Schulen im Nationalsozialismus“ hat er seine einschlägigen Erfahrungen einfließen lassen: „Die nach meiner Kenntnis derzeit in der Bundesrepublik einmütigen forschungsfreundlichen Arbeitsbedingungen haben meine Arbeit in kaum zumutbarer Weise behindert.“ Schmitts hartes Urteil über das Marburger Staatsarchiv ist gewichtig, denn er hat schon in vielen bundesdeutschen Archiven gearbeitet.

Die Klage des Pädagogen ist kein Einzelfall. Schon vor einem Jahr machten über dreißig Benutzer, darunter Professoren, Historiker und Lehrer, ihrem Ärger Luft und protestierten mit Brief und Unterschriftenliste im Wiesbadener Wissenschaftsministerium gegen die ihrer Ansicht nach „nicht mehr vertretbare Beschränkung historischer Forschungen“. Besonderen Ärger verursachte die Entfernung eines Kopiergeräts aus dem Lesesaal des Archivs, als der neue Archivdirektor Wilhelm A. Eckhardt im Januar 1983 sein Amt antrat. Dissertationen und Examensarbeiten seien, so die betroffenen Wissenschaftler, damit aufgrund der dafür gesetzten Ablickestermine zu nichte gemacht, denn Abschreiben von Quellen kostet viel Zeit und verursacht Fehler.

Noch schwerwiegender jedoch war ein Satz aus dem Beschwerdebrief vom Mai 1984: „Eine ganz besondere Einschränkung scheint auf den Akten des Dritten Reichs oder solchen zu liegen, die möglicherweise Vorgänge aus der Zeit nach 1945 enthalten könnten.“

Hürden für Wissenschaftler

„Wir können uns nicht des Eindrucks erwehren, daß die Forschung, und gerade die über die NS-Zeit, systematisch aus dem Staatsarchiv herausgedrängt werden soll“, sagen übereinstimmend Hanno Schmitt, der Historiker Angelus Fowier und der Pädagoge Wolfgang Schäfer, die ebenfalls zu den Unterzeichnern des Briefes zählen.

In der Tat haben seit einigen Jahren viele Forscher, die sich mit der Zeit zwischen 1933 und 1945 beschäftigen wollen, an Marburg ähnliche Hürden zu überwinden

schichtsforschung“, so der Kasseler Hochschullehrer Dietfried Krause-Vilmar. 1870 war es durch die Vereinigung der ehemaligen kurhessischen Archive von Kassel, Hanau und Fulda entstanden; 1938 zog es in den klassizistischen Neubau am Marburger Friedrichsplatz um, wo noch heute in der Eingangshalle Hakenkreuze die Decke zieren.

Die Universität hat ebenso wie kleinere Städte des Umlandes ihre Akten im Staatsarchiv deponiert und gewisse Einspruchsrechte bei der Benutzung. Genügend Anreiz bietet das Staatsarchiv aber auch Studenten und Doktoranden, das düsterste Kapital deutscher Geschichte auszuarbeiten. „In der Regel fängt man damit erst gar nicht an, weil die heißesten Sachen sowieso nicht rausgegeben werden“, meint jedoch eine Studentin.

Anderswo läuft alles besser

Eine Doktorarbeit zur Geschichte der Marburger Universität unter dem Hakenkreuz mußte abgebrochen werden, weil die Unterstützung der Archivleitung gefehlt habe. Einige Kasseler Hochschullehrer, die seit Jahren die nordhessische Geschichte im Nationalsozialismus ausgraben, beklagen die „fehlende Zuarbeit des Archivs“ und verweisen auf „eindeutig bessere Arbeitsbedingungen“ in den anderen hessischen Staatsarchiven, Wiesbaden und Darmstadt.

Auch Studienrat Bernd Klewitz weiß von schlechten Erfahrungen ist dem Kooperationswillen des Archivs zu berichten. Der Lehrer hatte sich 1982 mit einer Klasse am Schülerwettbewerb zur Ortsgeschichte in der NS-Zeit beteiligt. Den Jugendlichen würde der Zutritt zu den Akten verweigert, just als eindeutige Spuren auf ein KZ-Außenlager bei Stadtallendorf hinweisen. Im Wiesbadener Wissenschaftsministerium gab es „Bedenken, Schülern die Benutzung zu genehmigen, da bei diesen alle Voraussetzungen für wissenschaftliche Forschung fehlen.“

Um sich überhaupt Zutritt zu einem Staatsarchiv verschaffen zu können, bedarf es des Nachweises eines „bestimmten wissenschaftlichen Forschungszwecks“ oder „anderer berechtigter Belange“, wie es in der offiziellen Benutzerverordnung für die hessischen Staatsarchive heißt.

„Der Geist, der im Archiv herrscht, ist wissenschaftspolitisch gesehen beachtend“, sagt Hanno Schmitt. So gar arbeitern wird die Arbeitsatmosphäre ungesund. „Alle Welt redet über Marburg. Es gibt keine Tapferen, wo man sich nicht gegen die Zustände von Ort und Land erheben kann.“

Diese bildet die Anwärter für den höheren und gehobenen Archivdienst des Bundes und der Länder - mit Ausnahme Bayerns - aus.

Direktor Eckhardt weist jegliche Kritik von sich. „Die Verärgerung der Beschwerdeführer ist in gewisser Hinsicht berechtigt“, räumt er ein. Die Gründe für die drastischen Beschränkungen der Forschung sieht er in der Personal- und Stellenmittelmangel: für Hanno Schmitt sind dies „Scheinargumente“. Und schließlich kann Eckhardt auf Beschuldigungen der alten Akten durch das Kopieren verweisen.

Keineswegs übertrieben dagegen ist die Benennung, daß in Marburg die hessische Benutzerverordnung für die Staatsarchive sehr eng ausgelegt wird, gerade bei den heiklen Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Zwar heißt es dort: „Archivalien, die älter als 30 Jahre sind, können ohne Einschränkung benutzt werden, doch sind etwaige Persönlichkeits- und Urheberrechte oder andere berechtigtere Interessen Dritter zu beachten“, doch hinter dieser vagen Formulierung liegen genau die eigentlichen Probleme für die Benutzer: Es liegt im Ermessen des jeweiligen Beamten, ob er die angeforderten Akten herausgibt oder aus Gründen des Schutzes von „Persönlichkeitsakten“ einbehält, etwa weil Personalsprachkammer- oder Krankenakten darunter sind.

Rechtlicher Schwebezustand

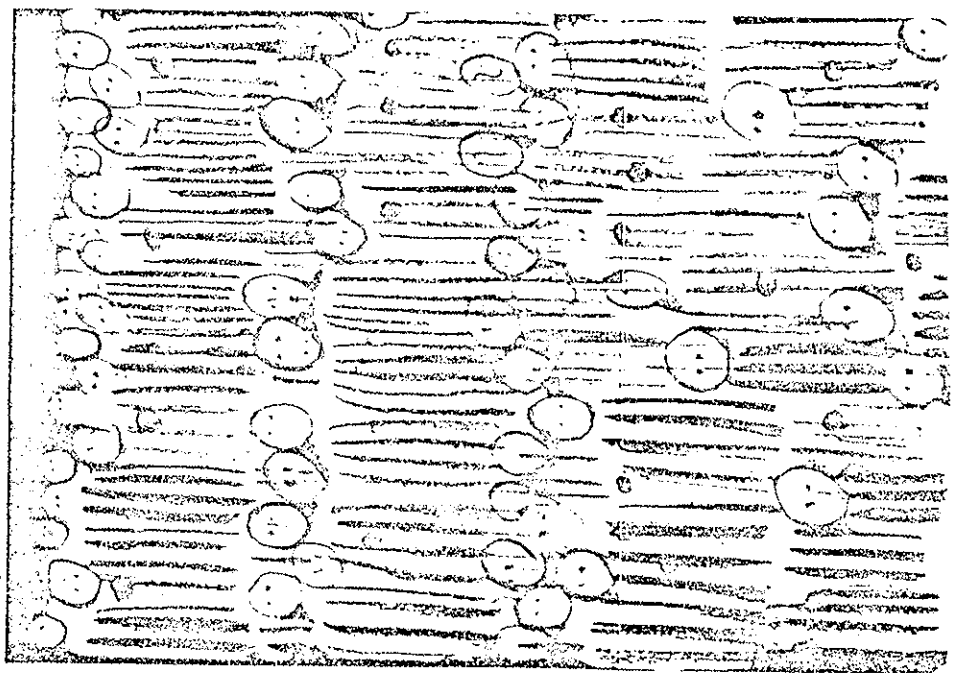
„Noch gibt es keinen Rechtsanspruch des Benutzers“, sagt Professor Krause-Vilmar. Im hessischen Archivgesetz fehlt ebenso noch wie eine rechtliche Regelung auf Bundesebene. Diese Lücke soll mit einem Gesetzentwurf geschlossen werden, der gegenwärtig in Bundestag und Bundesrat beraten wird.

So lange gilt die Auslegung der Rechtspraxis durch das Koblenzer Bundesarchiv und das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München. Die meisten bundesdeutschen Archive halten sich daran. Alle Unterlagen können benutzt werden, „bei denen es nicht darauf ankommt, daß Namen anderer Betroffener als Personen der Zeitgeschichte in der zu erstellenden Arbeit genannt werden“. Geht es um die einzelne Person, muß sie vor mehr als 30 Jahren gestorben sein.

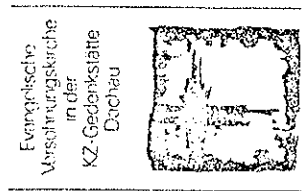
Die der rechtliche Schwebezustand herrscht ist, wird es jedoch auch immer noch vorkommen, daß die Klagen in Akten aus der nächsten NS-Zeit mit den heftigeren Hinweis auf „Bedenken“ beantwortet wird. Hanno Schmitt und Fowier weisen auf ein Problem hin, das sich seit dem 1. März 1984 geltend macht: Die

Frau Kurtet Rundschau, dem 22.5.85

Überleben und Widerstehen



József Szajnt, »Der Appell dauerte sehr lange, die Fülle läten mir sehr weh«, 1942



Bilder und Briefe von KZ-Häftlingen

Ausstellung:
Lagerpost
Briefe aus den
Konzentrationslagern
22. Mai - 22. Juni 1985

Augenzeuge:
Hermann Reineck,
Überlebender des
KZ Auschwitz berichtet,
4. Juni 1985, 19.30 Uhr

Veranstaltungen in der
Ev. Versöhnungskirche
in der KZ-Gedenkstätte
Dachau

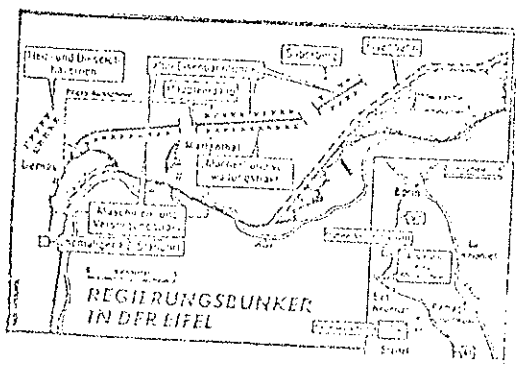
**Bilddokumente
im Film:**
KZ Theresienstadt

Kinderzeichnungen
Ein Maler und
Karikaturist im KZ
18. Juni 1985, 19.30 Uhr

DERNAU — DER HERRENBUNKER

Im lieblichen Ahrtal zwischen Dernau und Ahrweiler, 20km südlich von Bonn, liegt eines der teuersten Bauwerke der Bundesrepublik:

DER BUNKER FÜR DIE BONNER REGIERUNG



Makabre Vergangenheitsbewältigung

Keine Tafel und kein Mahnmal erinnert an die Ermordeten des KZ-Außenlagers Dernau-Marienthal, das auf dem Gelände des heutigen Bunkers lag. Auch in der Bevölkerung scheint man dieses Thema verdrängen zu wollen.

In den Eisenbahntunneln unter den Weinbergen ließ Hitler 1944 V2-Raketen montieren. Die in Barackenlagern untergebrachten Fremdarbeiter mußten die Nutzfläche der Eisenbahntunnels vergrößern. Die im KZ Dernau-Marienthal (SS-Tarnbezeichnung: Reibitz) internierten 120 Häftlinge arbeiteten dabei als Miet-Sklaven einer Kohlenzei Baufirma. Nach Auslieferung der V2-Montage im Dezember 1944 lebten von den 160 Häftlingen nur noch 90.

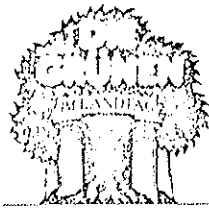
Am 31.8./1.9. wird eine aus mehreren Gruppen und Verbänden bestehende Initiative in einer Veranstaltungsreihe sich darum bemühen, diese Geschichte

wieder in Erinnerung zu rufen und die Forderung, zunächst, nach einer Mahntafel unterstreichen.

Kontakt: Dietmar Mirkles, Thomashof 25, 5100 Aachen

HESSEN HINTER STACHELDRAHT

Die GRÜNEN im Landtag / Lothar Bornbeck / Frank Schwalba-Hoth (Hg.)
HESSEN hinter Stacheldraht
Vertrag und Verpassen: KZ's, Lager, Außenkommandos
ca. 160 S., 15 x 22 cm, ca. 19,80 DM - ISBN 3-8218-1025-4



Schloßplatz 2 - 6700 Wiesbaden

ISBN 3-8012-0108-2

ca. 496 S., brosch., ca. DM 39.--

J.H.W. Dietz Nachf., - Auslieferung: August '85

Im Zusammenhang mit einer Großen Anfrage im Hessischen Landtag legten die GRÜNEN hier erstmals für ein Bundesland eine umfassende Bestandaufnahme der Stätten des Verbrechens im Dritten Reich vor.

Dank zahlreicher Recherchen vor Ort ist es gelungen, diese engagierte Dokumentation über die verschwiegene und verdrängte Vergangenheit zusammenzustellen.
Trotz allem: Die Verdrängung „unliebsamer“ Geschichte findet weiterhin statt. Welcher Ort, welche Stadt hat ihre Nazi-Vergangenheit offen bekannt? Wo gibt es Gedenkstätten, die an die Opfer des Faschismus erinnern?
Noch immer gibt es Beteiligte, Zusammenhänge, Stätten der Verbrechen - die selbst den jeweiligen Bürgern „unbekannt“ sind; die vor allem den jüngeren Generationen „schamhaft“ verschwiegen werden.

Verdrängt und vergessen?

„Auf dem Gebiet des heutigen Landes Hessen befanden sich fast 30 KZ's bzw. Außenkommandos, ca. 10 Arbeitsverwehrlager, bis zu 1400 Zwangsarbeitslager, 7 Justizstraflager, 7 Kriegsgefangenenlager mit wahrscheinlich über 100 Arbeitskommandos, 2 Zigeunerlager, über 50 Euthanasie- bzw. „Zahlfertigfabriken“, - Gestapo- und andere Gefängnisse für Halbjuden nicht mitgezählt, auch die Hauptbahnhöfe nicht, von denen die Züge mit tausender jüdischer Mitbürger „in den Osten“ abfahren.

Was wissen wir von den Frauen, die ihre Kinder im ehemaligen Lebensbornheim „Tannus“ - zugleich Außenkommando des Frauen-KZ Ravensbrück (nach dem Krieg städtisches Entbindungshaus) zur Welt brachten? Auf einem anderen Hügel Wiesbadens bauten Luxemburger LZ-Arbeitskräfte eine SS-Stadt (bis Ende des Jahres 1984 war dies der Sitz des ZDF). Doch wer wußte etwas über diese Stätte?

Erst der französische Staatspräsident François Mitterrand 1930 auf hessischem Boden im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Ziegenhain - dem heutigen Schwalbennest - für drei Monate interniert war, ist fast vergessen. An das Kriegsgefangenenlager mit dreißig- bis vierzigtausend Insassen erinnert heute nur noch ein Straßennamen „Alte Lagerhauptstraße“.

Wer wußte, daß sich auf den Flughäfen Gelnhausen, Frankfurt-Walldorf, Langendiebach und Erbenheim - im Zugang zum Fulda-Gap-KZ - Außen- bzw. Arbeitskommandos befanden?

Und wie steht es mit Hessisch-Lichtenau und Stadtallendorf? Dort fanderte die Dynamit Nobel-Fabrik (DAG), dem Flick-Konzern zugehörig, (ca. 1000) „arbeitsfähige“ Jüdinnen von der Kämpfe aus Auschwitz an. Überlebende sahen von Flick keinen Pfennig!

Die Zeugen des Dritten Reichs werden weniger. Um so dringlicher ist es jetzt für die Nachgeborenen, die Geschehnisse der Geschichte festzuhalten, für die Nachwelt Ereignisse und ihre Spuren zu sichern, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.
Wir hoffen, daß dieses Buch auch in anderen Bundesländern buchstäblich Schule macht: Dokumentation und Aufarbeitung einer Vergangenheit - die uns Heutigen entsetzlich gegenwärtig sein muß.

Aus dem Inhalt:

Das Schicksal einer Großen Anfrage
Übersichtskarte

Die ersten KZ's in Hessen

Das KZ Ostfeld

Das KZ Breidenau/Gelnhausen

Außenkommando des KZ Fatzweiler

Wahlhof, Bensheim-Auerbach, Heppenheim, Geisenheim,

Spurensicherung: Dienstadt, Frankfurt, Hanau

Außenkommando des KZ Buchenwald

Vier Familien/Allendorf, Dorschel/Kassel, Hessisch-Lichtenau

Stromschleimerei, Durchschleusen, Arafon, Gießen

Außenkommando des KZ Hinzert

Wiesbaden, „Unter den Eichen“

Spurensicherung: Langendiebach, Gelnhausen, Wächtersbach,

Verbrechen

Die SS-Eisenbahnabteilungen des KZ Sachsenhausen

Außenkommando des Frauen-KZ Ravensbrück

Lebensbornheim Tannus, Wiesbaden

Spurensicherung: Röhrigshof/Philippthal

Arbeitsverwehrlager

Frankfurt-Heidenheim

Spurensicherung: Elmrieden, Freien-Seen, Hundstadt, Allendorf,

Biblis, Breidenau und Konzentrationssammellager

Fremd- und Ostarbeiterlager

„Müncheberger Gewerkschaft“ Kassel mit seinem Straflager,

Durchgangslager für Ostarbeiter in Kelsterbach

Pläßenwald Heisfeld, Allendorf, hessische Rüstungsmetropole,

Fremdarbeiter in Wiesbaden, Kriegsgefangene des Stades Limburg

Strafgefangenenlager

Roßau-Dieburg und Nieder-Roden, Das „Zigeunerlager“ Frankfurt,

Euthanasie in Hessen

Strafverfolgung nach 1945

NS-Biographien

Literaturverzeichnis und Fundstellen

Ulrich Herbert: Fremdarbeiter.
Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der
Kriegswirtschaft des Dritten Reiches.

Fast 8 Millionen Ausländer waren während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland zur Arbeit eingesetzt, davon 6 Millionen zivile Arbeitskräfte. Die Hälfte von ihnen war aus Polen und der Sowjetunion hierher deportiert worden, die anderen kamen aus Frankreich, Belgien, Italien, Holland, Jugoslawien und der Tschechoslowakei; nahezu jede vierte Arbeitskraft in Deutschland war bei Kriegsende ein Ausländer.

Die Geschichte und das Schicksal der "Fremdarbeiter" ist das bislang am wenigsten erforschte Massenphänomen in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Deutschland - verdrängt und vergessen, obwohl die historische und politische Aktualität und Brisanz des Themas ganz offenbar ist.

Mit diesem Buch liegt nun die erste grundlegende Gesamtdarstellung der Geschichte des "Fremdarbeiter-Einsatzes" vor - eine umfangreiche Studie, die, obwohl gut lesbar geschrieben, sich gegen eine leichte Lektüre sperrt. Das hat vor allem damit zu tun, daß dieses Buch uns mit einem Bild konfrontiert, bei dem die konventionellen Bewältigungs- und Verdrängungsmuster versagen.

Indem der Autor hier präzise die Entwicklung der nationalsozialistischen Arbeitseinsatzpolitik nachzeichnet und dem in exemplarischen Fallstudien die Wirklichkeit der Ausländerbeschäftigung entgegenhält, wird deutlich, daß diese weder als Variante "normaler" Ausländerpolitik begriffen werden kann, noch sich auf die Geschichte der "Sklavensarbeit" reduzieren läßt.

Die Ausländerpolitik des Dritten Reichs war vielmehr auf äußerst fragilen Kompromissen zwischen den technokratischen Vertretern der kriegswirtschaftlichen Sachzwangs und den Befürwortern einer rassistischen Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik aufgebaut.

Daß die Naziführung Millionen "fremdvölkischer" Menschen zur Arbeit nach Deutschland holte, war ein Verstoß gegen die eigenen "völkischen" Prinzipien und ein Zugeständnis an die Erfordernisse der deutschen Kriegswirtschaft; dies wurde kompensiert durch ein brutales Repressionssystem gegenüber den Ausländern, das sich auf einen bis weit in die Bevölkerung, bis an den Arbeitsplatz reichenden "populären Rassismus" stützen konnte. Dieser aus Vorurteilen, Konkurrenzängsten und Sündenbock-Denken gespeiste Konsens mit dem NS-Regime wird besonders deutlich in den Fallstudien, in denen der Autor die Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen Ausländergruppen und das Verhalten der deutschen Bevölkerung und vor allem der deutschen Arbeiterschaft ihnen gegenüber untersucht.

Der "Fremdarbeitereinsatz" war aus Sicht der Machthaber ein erfolgreiches Unternehmen, denn ohne die Ausländer wäre die deutsche Kriegswirtschaft schon 1942 zusammengebrochen. Darüber hinaus aber war hier schon während des Krieges ein Stück nationalsozialistischer Nachkriegsperspektive in die Praxis umgesetzt worden: eine nach rassistischen Kriterien gestufte Gesellschaft, in der die Deutschen oben standen und die Ausländer - vom französischen Zivilarbeiter bis hinunter zur "Ostarbeiterin" aus der Sowjetunion - unten.

Auf der Basis umfangreicher Aktenstudien entwirft der Autor ein differenziertes und eindrückliches Bild der Geschichte der "Fremdarbeiter" im Dritten Reich und zeigt, daß der Rassismus kein Phänomen nur bei Parteiführung oder SS war, sondern während der Kriegszeit alltäglich erlebbare und praktizierte Wirklichkeit in Deutschland.

Wir danken allen Personen und Gruppen, die durch intensive Nachforschungsarbeit und „Spurensicherung“ einen Beitrag zu dem Zustandekommen dieses Buches geleistet haben, u. a. lokale Forschungsgruppen wie kirchliche Jugendgruppen, Friedensinitiativen, Lehrer- und Schülergruppen; Arbeitsloserinitiativen; Studenten; Zeitgeschichtler; Universitätsprofessoren; studentische Projektgruppe der GH Kassel; ein ehemaliger KZ-Häftling und viele andere an der Geschichte ihrer Heimat Interessierten.

Weitere Literaturhinweise

- Körber-Stiftung (Hg.): Alltag im Nationalsozialismus - Die Kriegsjahre in Deutschland, Katalog der im Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte preisgekrönten Arbeiten, Band 5; zu beziehen über: Körber-Stiftung, Kampchaussee 10, 2050 Hamburg 80.

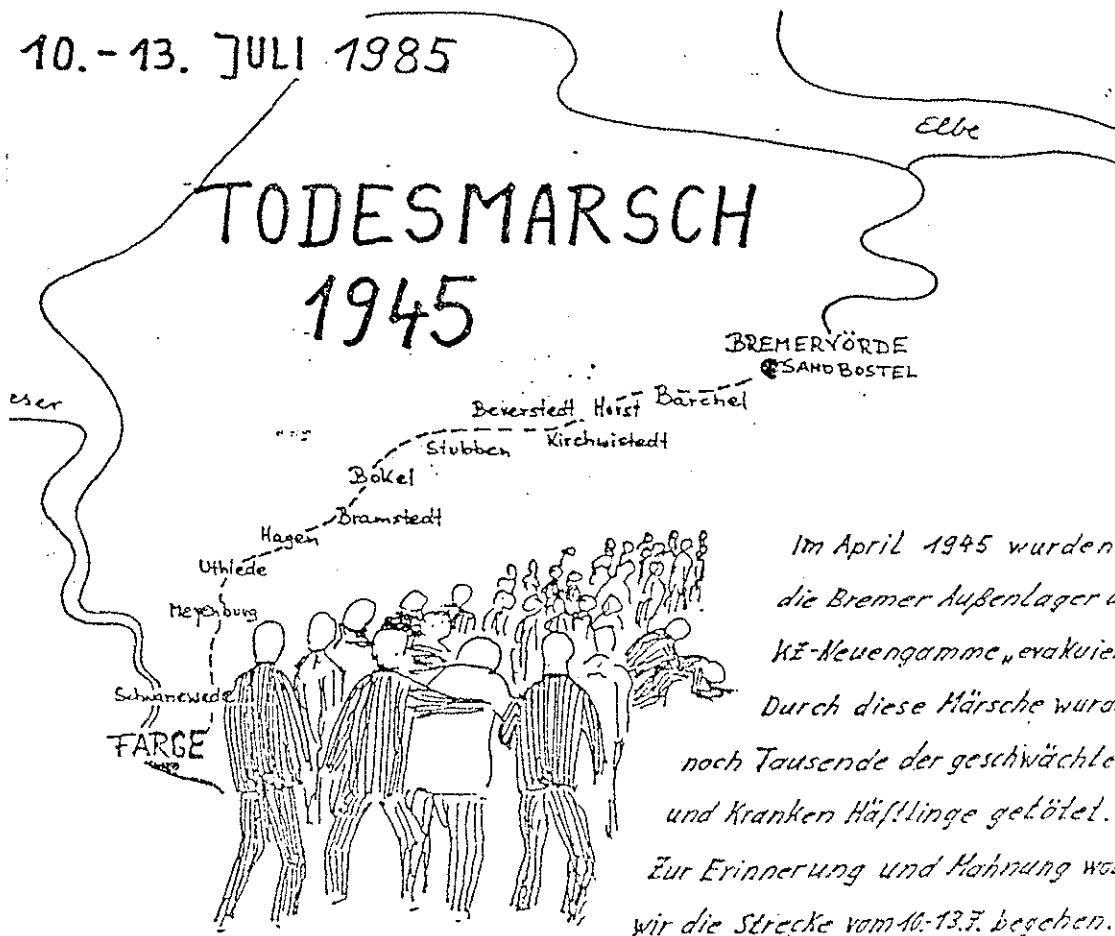
- Jugendring Düsseldorf (Hg.): Mahn- und Gedenkstätte in Düsseldorf; zu beziehen über: Jugendring Düsseldorf, Kasernenstr. 6, 4000 Düsseldorf 1.

Höchmuth, Ursel, u.a. (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz; zu beziehen über: U. Höchmuth, Hamburger Lehrerzeitung, Rothenbaumchaussee 15, 2000 Hamburg 13.

- Elke Suhr: Das Konzentrationslager im Pfarrgarten; zu beziehen über: Uni. Oldenburg, Uhlhornsweg, 2900 Oldenburg.

GEDENKMARSCH

10.-13. JULI 1985



Im April 1945 wurden die Bremer Außenlager der KZ-Neuengamme „evakuiert“. Durch diese Märsche wurden noch Tausende der geschwächten und Kranken Häftlinge getötet. Zur Erinnerung und Mahnung wollen wir die Strecke vom 10.-13.7. begehen.

Alle an der Teilnahme und anderweitiger Unterstützung Interessierten werden gebeten, sich an folgende Adresse zu wenden:

Antifaschistischer Arbeitskreis
Gustav-Heinemann-Bürgerhaus
Kirchheide 49
2820 Bremen 70
Tel. 04241 650805

AROLSEN:

Liebe Freunde,

in den nächsten Wochen und Monaten soll ein erneuter Vorstoß unternommen werden, um das Archiv des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes in Arolsen wieder für die Gedenkstättenarbeit und die wissenschaftliche Forschung zugänglich zu machen. Das diesbezügliche Konzept ist bereits relativ detailliert gegen Ende der diesjährige Frühjahrstagung der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen auf der Wewelsburg besprochen worden. Da einige Initiativen nicht vertreten und andere bereits abgereist waren, war es dort nicht mehr möglich, einen allgemein verbindlichen Beschluß zu fassen. Deshalb dieser Rundbrief.

Nachdem die bisherigen Versuche gescheitert sind, auf dem Dienstweg oder über die übergeordneten Instanzen in Genf eine Benutzungsgenehmigung zu erhalten, soll nun durch den im Konzept beiliegenden Aufruf eine breite -- und im wesentlichen auch internationale -- Öffentlichkeit angesprochen werden. Der Aufruf ist in der vorliegenden Form auf der Wewelsburg beschlossen worden. Wir hoffen, daß die zu erwartenden Zuschriften, vor allem aus dem Ausland, den entsprechenden Druck auf die Genfer Zentrale ausüben werden.

Als Absender des Aufrufs wird der **Arbeitskreis der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen** fungieren; die Koordinierung der Aktion übernimmt Aktion Sühnezeichen. Es ist geplant, auf dem Briefpapier in der Randspalte die größeren bzw. bekannteren Initiativen aufzuführen. Hierzu ist Eure Zustimmung notwendig. Aus formalen Gründen werden dabei im Normalfall öffentliche Institutionen nicht als solche unterzeichnen können, sondern jeweils nur bestimmte Personen als Mitarbeiter dieser Institution (Beispiel: Wulf Brebeck, Kreismuseum Büren / Wewelsburg).

Wir möchten Euch bitten, auf dem beiliegenden Vordruck anzugeben, ob und in welcher Form Ihr bzw. Eure Gedenkstätte oder Initiative auf dem Aufruf genannt werden möchte. Eure Antwort sollte bis zum 7. Juli 1985 bei Aktion Sühnezeichen in Berlin (Thomas Lutz) eingegangen sein. Falls dies nicht der Fall ist, wird bei den größeren Initiativen deren Einverständnis angenommen, in der entsprechenden Form auf dem Aufruf zu erscheinen.

Bitte beeilt Euch mit Eurer Antwort, damit die Vorbereitungen (dazu gehören auch die Übersetzungen ins Englische und Französische) noch vor dem Sommer anlaufen können.

Herzlichen Dank für Eure Mitarbeit und freundliche Rückmeldung.

Arbeitskreis der Gedenkstätten und
Gedenkstätteninitiativen für die
Opfer des NS-Regimes in der
Bundesrepublik Deutschland

in Verbindung mit

Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste e. V., Berlin

Internationales Rotes Kreuz verweigert
Hilfe bei Aufklärung des Schicksals von
Nazi-Verfolgten.

Die NS-Verbrechen dürfen nicht in Vergessen-
heit geraten. -- Aufruf mit Bitte um Hilfe.

Der Internationale Suchdienst des ^{internationalen} Roten Kreuzes in Arolsen / Bun-
desrepublik Deutschland, der über eines der umfangreichsten Ar-
chive der Welt zur Aufklärung des Schicksals NS-Verfolgter ver-
fügt, verweigert seit dem Amtsantritt eines neuen Direktors alle
Auskünfte bei der Erforschung des Schicksals von Nazi-Opfern.

40 Jahre nach Kriegsende -- nach dem Ende des unmenschlichsten
und brutalsten Terrorregimes, das es je gab -- ist eine solche
Haltung nicht nur unverständlich; sie ruft Empörung hervor ange-
sichts des zunehmenden Auftretens alter und neuer Nazis, die die
Verbrechen von damals leugnen und versuchen, ein ähnliches Regime
wiederzuerrichten.

Aus der kaum noch überschaubaren Zahl der grundsätzlichen Aus-
kunftsverweigerungen in den letzten Jahren sei hier folgender
Fall beschrieben:

In den letzten Kriegsmonaten wurde das KZ Neuengamme bei Hamburg
in mehreren Transporten in das KZ Buchenwald verschleppt, um dort -- als
billige Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie -- als billige
Arbeitskräfte eingesetzt zu werden.

zu werden ("Vernichtung durch Arbeit"). Viele dieser Häftlinge wurden durch den Terror der SS, durch Hunger und Kälte, durch Krankheiten infolge von Unterernährung, durch die unmenschlichen Transportbedingungen und durch die schikanierenden Arbeitsmethoden zugrundegerichtet; immer wieder liefen Menschen aus Verzweiflung in den elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun oder versuchten, durch Flucht ihrem Schicksal zu entrinnen.

Wir wissen nicht genau, wer sich auf diesen Transporten befand. Mit Sicherheit waren Juden darunter, vermutlich auch zahlreiche Häftlinge aus Polen, Frankreich, der Sowjetunion und anderen von den Nazis besetzten Ländern. Die Listen mit den Namen dieser Nazi-Opfer befinden sich beim Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen. Sie enthalten auch die Nummern dieser KZ-Häftlinge sowie andere Angaben, die zur Aufklärung ihres Schicksals behilflich sein könnten. Aber: sie können nicht eingesehen werden.

Dies ist nur einer von vielen Fällen. In Kassel wurde auf ähnliche Weise im Jahr 1983 die Vorbereitung eines offiziellen Gedenkbuches zur Geschichte der jüdischen Gemeinde stark behindert. Einer Initiative in Hannover wurde 1984 die Einsicht in Unterlagen, die Auskunft über das Schicksal von nach Hannover deportierten Überlebenden des Warschauer Aufstandes gaben, verwehrt. Ähnlich gravierende Ablehnungen gab es bei der Erforschung der Konzentrationslager im Emsland und bei der Rekonstruktion der Arbeits- und Lebensbedingungen der KZ-Häftlinge in den hessischen Außenlagern von Buchenwald.

Noch vor wenigen Jahren war der Internationale Suchdienst in Arolsen in vorbildlicher Weise bei der Suche nach Informationen über die Nazi-Opfer behilflich. So gelang es zum Beispiel im Fall des KZ-Außenlagers Walldorf bei Frankfurt am Main, mit Hilfe des Suchdienstes den Kontakt zu einer der wenigen Überlebenden dieses Lagers herzustellen und gemeinsam die Geschichte dieses Außenlagers aufzuarbeiten (auf sachliche Richtigkeit prüfen!).

Wir bitten Sie, die die Erinnerung an die Verbrechen der Nazidiktatur wachhalten und den Überlebenden helfen wollen, sich an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zu wenden, damit

- die Aufklärungsarbeit der Gedenkstätten und die zeitgeschichtliche Forschung nicht länger behindert werden und
- der Internationale Suchdienst in Arolsen wieder wie früher der Suche nach Informationen hilft.

Bitte schreiben Sie an die Zentrale des Internationalen Roten Kreuzes in Genf:

Internationales Rotes Kreuz
Comité International de la Croix-Rouge
17, Avenue de la Paix
CH-1211 Genf / Genève

Und noch eines ist wichtig: Senden Sie bitte eine Kopie oder Durchschrift Ihres Briefes an uns, damit wir wissen, wer uns hilft.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Kontaktadresse:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
- Gedenkstättenreferat, z.Hd. Th. Lutz -
Jebensstraße 1

1000 Berlin 12

<hier: ggf. Platz für faksimilierte Unterschriften>